

INTEGRIERTER TÄTIGKEITS- UND ORGANISATIONSPLAN (PIAO) DER GEMEINDE ALTREI

PIANO INDEGRATO DI ATTIVITÀ ED ORGANIZZAZIONE (PIAO) DEL COMUNE DI ANTERIVO

Abschnitt 1: DATENÜBERSICHT

Gemeinde ALTREI
Adresse: Rathausplatz 1 39040 ALTREI

Steuer/Mehrwertsteuernummer:
80009950215 / 00197920218

Bürgermeister pro tempore:
GUSTAV MATTIVI

Anzahl der Bediensteten am 31.12.2021: **9**
Anzahl Einwohner am 31.12.2021: **399**
Telefon: 0471 882021
Webadresse: www.altrei.eu
E-Mail: info@altrei.eu
Pec-Mail: altrei.anterivo@legalmail.it

Sezione 1: SCHEDA ANAGRAFICA

Comune di ANTERIVO
Indirizzo: Piazza del Municipio 1 39040
Anterivo
Codice fiscale/partita IVA:
80009950215 / 00197920218

Sindaco pro tempore:
GUSTAV MATTIV

Numero dipendenti al 31.12.2021: **9**
Numero abitanti al 31.12.2021: **399**
Telefono: 0471 882021
Sito internet: www.anterivo.eu
E-mail: info@anterivo.eu
Pec-Mail: altrei.anterivo@legalmail.it

Abschnitt 2: PUBBLIC VALUE, PERFORMANCE UND KORRUPTIONSVORBEUGUNG:

- Einheitliches Strategiedokument 2022-2024 laut Beschluss des Gemeinderates vom 22.12.2021 Nr. 40.
- Haushaltvollzugsplan 2022-2024 laut Beschluss des Gemeindevorstandes vom 29.12.2021 Nr. 379
- Dreijahresplan zur Korruptionsvorbeugung und Transparenz 2022-2024 laut Beschluss des Gemeindevorstandes vom 20.04.2022 Nr. 97

Sezione 2: VALORE PUBBLICO, PERFORMANCE E ANTICORRUZIONE :

- Documento unico di programmazione 2022-2024 di cui alla delibera del consiglio comunale n. 40 del 22.12.2021 (DUP)
- Piano Esecutivo di gestione 2022-2024, di cui alla delibera della giunta comunale n. 379 del 29.12.2021 (PEG)
- Piano Triennale per la Prevenzione della corruzione e della Trasparenza 2022-2024, di cui alla delibera della giunta comunale n. 97 del 20.04.2022

Abschnitt 3: MONITORING

Dieser Abschnitt muss nicht ausgefüllt werden, da es sich um eine Verwaltung mit weniger als fünfzig Bediensteten handelt.

Anlage:

Dreijahresplan zur Korruptionsprävention und Transparenz (2021-2023) genehmigt mit Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 81 vom 31.03.2021 und Bestätigt mit Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 97 vom 20.04.2022

Sezione 3: MONITORAGGIO

Questa sezione non deve essere redatta in quanto si tratta di un'amministrazione con meno di cinquanta abitanti.

Allegato:

Piano triennale di prevenzione della corruzione e della trasparenza (2021-2023) approvato con deliberazione di giunta comunale n. 81 del 31.03.2021 e confermato con deliberazione di giunta comunale n. 97 del 20.04.2022



**ANLAGE ZUM INTEGRIERTER TÄTIGKEITS- UND
ORGANISATIONSPLAN (PIAO)
DER GEMEINDE ALTREI**

**DREIJAHRSPPLAN ZUR
KORRUPTIONSPRÄVENTION und
TRANSPARENZ (2021-2023)**

in Anwendung des Gesetzes Nr. 190/2012

**Genehmigt mit Beschluss des Gemeindefausschusses Nr. 81 vom
31.03.2021**

Chronologisches Verzeichnis der Beschlüsse:

1. DREIJAHRSPPLAN ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG (2014-2016)
Beschluss des Gemeindefausschusses 19/A/2014 vom 06.02.2014
2. DREIJAHRSPPLAN ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG (2015-2017)
Beschluss des Gemeindefausschusses Nr. 19/A/2015 vom 29.01.2015
3. DREIJAHRSPPLAN ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG (2016-2018)
Beschluss des Gemeindefausschusses Nr. 25/A/2015 vom 27.01.2016
4. DREIJAHRSPPLAN ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG (2017-2019)
Beschluss des Gemeindefausschusses Nr. 20/A/2015 vom 26.01.2017
5. DREIJAHRSPPLAN ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG UND TRANSPARENZ
(2018-2020)
Beschluss des Gemeindefausschusses Nr. 19/A/2018 vom 31.01.2018
6. DREIJAHRSPPLAN ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG UND TRANSPARENZ
(2019-2021)
Beschluss des Gemeindefausschusses Nr. 29/A/2019 vom 30.01.2019
7. BESTÄTIGUNG DES DREIJAHRSPPLANS ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG
UND TRANSPARENZ (2019-2021) Beschluss des Gemeindefausschusses Nr. 31/A/2020
vom 29.01.2020
8. BESTÄTIGUNG DES DREIJAHRSPPLANS ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG
UND TRANSPARENZ (2021-2023) Beschluss des Gemeindefausschusses Nr. 97/A/2022
vom 20.04.2022

Inhaltsverzeichnis

1. Prämisse.....	4
2. Der externe Kontext.....	6
3. Der interne Kontext.....	12
4. Die Organisationsstruktur der Gemeinde Altrei.....	14
4.1. Verantwortliche für Korruptionsvorbeugung und Transparenz.....	15
4.2 Der Datenschutzbeauftragte (DPO).....	15
4.3 Der Verantwortliche für die Eingabe der Daten der Vergabestelle (R.A.S.A.).....	16
5. Die Unterstützung des Südtiroler Gemeindenverbandes.....	16
6. Die Referenten.....	16
7. Delegationsprinzip – Pflicht zur Zusammenarbeit - Mitverantwortung.....	17
8. Der methodologische Ansatz zur Planerstellung.....	17
8.1. Zielsetzungen.....	17
8.2. Methodenansatz.....	18
9. Der Ablauf der Planerstellung bzw. Aktualisierung.....	19
9.1 Die berücksichtigten Aspekte.....	19
9.2 Sensibilisierung und Miteinbeziehung der Dienststellenleiter.....	20
9.3 Festlegung besonders korruptionsgefährdeter Arbeitsabläufe (Verzeichnis der korruptionsgefährdeten Arbeitsabläufe) und möglicher Risiken (Risikoverzeichnis).....	21
9.4 Risikoanalyse/Kriterien für die Einschätzung des Risikoniveaus.....	21
9.5 Vorgeschlagene Präventions- und Kontrollmaßnahmen.....	23
9.6 Ausarbeitung und Genehmigung des Planes.....	24
9.7 Personalschulung.....	24
10. Allgemeine organisationsbezogene Maßnahmen.....	25
10.4. Schutz des internen und externen Meldenden (whistle blower).....	26
11. ORGANISATIONSMASSNAHMEN ALLGEMEINEN CHARAKTERS.....	28
11.1. Rotation.....	28
11.2. Verhaltenskodex.....	28
11.3 Disziplinarverfahren.....	29
11.4 Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit von Aufträgen.....	29
11.5. Genehmigung von nicht institutionellen Tätigkeiten.....	29
11.6. Kenntnisnahme.....	30
11.7. Vertragseinschränkungen nach Auflösung des Arbeitsvertrages von öffentlichen Körperschaften (sog. Pantouflage).....	30
11.8. Kontrolle über die beteiligten und kontrollierten Gesellschaften.....	30

11.9 Einhaltung der Landesgesetzgebung, der staatlichen und europäischen Bestimmungen zur Auswahl des Vertragspartners.....	31
11.10 Inanspruchnahme des Schiedsgerichtes.....	31
11.11 Legalitätsprotokoll/Integritätspakt.....	31
12. Anhörung und Dialog mit dem Territorium.....	32
13. Kontrollsystem und Sicherungsmaßnahmen.....	32
14. DIGITALE TRANSITION.....	32
15. Aktualisierung des Korruptionsvorbeugungsplanes.....	33
15.1 Fortschreibungsmodalitäten.....	33
15.2 Fälligkeit für die Aktualisierung.....	33
16. GESETZESANHANG.....	34

1. Prämisse

Die Themen der Integrität des Verhaltens und der Transparenz der Öffentlichen Verwaltungen sind wesentliche Säulen für eine korrekte Verwaltung der öffentlichen Mittel und für die Ausübung einer angemessenen Kontrolle durch die Bürger. Mit Genehmigung des Gesetzes 6. November 2012, Nr. 190 – sog. Korruptionsvorbeugungsgesetz – ist der italienische Gesetzgeber den Aufforderungen seitens der internationalen Gemeinschaft nachgekommen und hat ein starkes Signal hinsichtlich des Willens des italienischen öffentlichen Systems gesetzt, den leider verbreiteten korruptiven Phänomenen mit Rationalität und Strenge entgegenzutreten durch die Vorschrift für staatliche und örtliche öffentliche Verwaltungen, eigene Vorbeugungs- und Bekämpfungsmaßnahmen von widerrechtlichen oder unkorrekten Verhalten.

Der gegenständliche Plan für die Korruptionsvorbeugung und Transparenz will ein Instrument für die Planung, die Umsetzung und die Prüfung der Maßnahmen sein, welche die Gemeinde, auch mittels Rationalisierung der eigenen Verwaltungstätigkeit, zum Schutze der Gesetzmäßigkeit, Integrität und Transparenz der Tätigkeit der eigenen Mitarbeiter und Verwalter setzen will. Zwecks Definition der geeigneten Maßnahmen für die Korruptionsvorbeugung und für die Transparenz wurde vor Niederschrift des Planes eine Analyse des internen und externen Umfelds der Gemeindeverwaltung vorgenommen.

Der vorliegende Dreijahresplan zur Korruptionsbekämpfung und Transparenz 2021-2023 bewegt sich in Kontinuität zu den vorhergehenden Plänen, die seit 2014 aufeinander folgten, und enthält:

- 1) eine Risikoanalyse der geleisteten Tätigkeiten,
- 2) ein System von Maßnahmen, Verfahren und Kontrollen zur Vorbeugung von Situationen, welche die Transparenz und Integrität der Handlungs- und Verhaltensweise der Bediensteten; der Verwalter und der externen Mitarbeiter, beeinträchtigen.

Vor formaler Genehmigung wurde der Planentwurf zur öffentlichen Konsultation Seitens der Bürger, Unternehmen, Verbände und Vereine sowie anderer Interessensträger auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht. Der gegenständliche Antikorruptions- und Transparenzplan wurde allen Mitarbeitern mitgeteilt und wird unter dem Menüpunkt Transparente Verwaltung/andere Inhalte/Korruptionsvorbeugung zusammen mit den Plänen seit 2014 veröffentlicht. Der gegenständliche Plan ist mit der strategischen und operativen Planung der Verwaltung verknüpft und hält sich an die Vorgaben des Ausrichtungsaktes, welcher anlässlich der Genehmigung des Arbeitsplanes genehmigt mit Ausschussbeschluss Nr. 1 vom 11.01.2021 erlassen wurde.

Bei der Ausarbeitung der Antikorruptionsstrategie für den Dreijahreszeitraum 2021-2023 wurden 4 Faktoren berücksichtigt, welche die Entscheidungen der Körperschaft beeinflussen:

- die institutionelle Mission;
- die organisatorische Struktur und funktionelle Gestaltung;
- die Methodologie für die Verwaltung der Prozesse betreffend die Risiken
- die Modalitäten für die Durchführung des Monitorings.

Wie in den vorhergehenden Ausgaben gliedert sich der Plan in drei Teile: der Erste für die Modalitäten zur Risikoverwaltung, der Zweite für die Planung der Durchführungsmaßnahmen und der Dritte für die Maßnahmen zur Transparenz.

Der Plan wird durch verschiedene Anlagen ergänzt, welche im Detail die Ergebnisse der Risikoverwaltung erläutern und die neuen organisatorischen Maßnahmen aufgrund des

derzeitigen sanitären Notstandes mit Beginn im März 2020 und mit Hoffnung auf ein Ende im Jahr 2021.

Unter Berücksichtigung der Sonderstellung der Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino-Südtirol sieht das Gesetz Nr. 190/2012 unter Artikel 1, Absatz 60 vor, dass innerhalb von einhundertzwanzig Tagen ab Inkrafttreten des Gesetzes im Rahmen der Vereinigten Konferenz, Übereinkommen getroffen werden, in denen die spezifischen Obliegenheiten der örtlichen Körperschaften und der Rechtssubjekte des Privatrechts, die ihrer Kontrolle unterstehen, sowie die entsprechenden Fristen für die zügige und vollständige Umsetzung der im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen geregelt werden.

Gegenstand der Übereinkommen sind:

- a) die Erstellung des Dreijahresplans zur Korruptionsprävention von Seiten der einzelnen Verwaltungen, beginnend mit dem Plan für den Zeitraum 2014-2016 und Übermittlung desselben an die Autonome Region Trentino-Südtirol und an die Abteilung für öffentliches Verwaltungswesen (Dipartimento della Funzione Pubblica);
- b) die Einführung von Verordnungsbestimmungen von Seiten der einzelnen Verwaltungen zur Festlegung der für öffentliche Bedienstete verbotenen Aufträge;
- c) die Einführung eines Verhaltenskodexes von Seiten der einzelnen Verwaltungen in Einklang mit den Grundsätzen des D.P.R. Nr. 62 vom 16.04.2013.

Artikel 1, Absatz 61 des Gesetzes Nr. 190/2012 sieht zudem vor, dass durch Übereinkommen im Rahmen der Vereinigten Konferenz die Obliegenheiten festgelegt werden, welche die Autonome Region Trentino-Südtirol, die Autonomen Provinzen von Trient und Bozen und die örtlichen Körperschaften, sowie die öffentlichen Körperschaften und die Rechtssubjekte des Privatrechts, die ihrer Kontrolle unterstehen, zur Umsetzung der Folgedekrete, die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassen werden, erfüllen müssen.

Die Vereinigte Staat-Regionen-Konferenz hat am 24.07.2013 das vorgesehene Übereinkommen getroffen, das als Frist für die Einführung des Korruptionsbekämpfungsplans durch die Verwaltungen den 31. Januar 2014 festlegt.

Mit dem Übereinkommen wurde zudem bei der Abteilung für öffentliches Verwaltungswesen eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Regionen und der örtlichen Körperschaften eingerichtet, die Kriterien für die Festlegung der für die Bediensteten der öffentlichen Verwaltungen verbotenen Aufträge ausarbeitet; diese Kriterien bilden den Bezugsrahmen für die Regionen und örtlichen Körperschaften.

Nach Abschluss des „technischen Tisches“ eingerichtet im Oktober 2013 wurde in aller Form das Dokument betreffend „allgemeine Kriterien der für öffentliche Bedienstete verbotenen Aufträge“. Ziel des Dokumentes ist es, die öffentlichen Verwaltungen in der Anwendung der Bestimmungen sowie in der Ausarbeitung der eigenen Verordnungen und Ausrichtungsakte zu unterstützen.

Diesbezüglich hat die Autonome Region Trentino-Südtirol mit Rundschreiben Nr. 3/EL vom 14. August 2014 ausdrücklich Vorgaben in Bezug auf die Anpassung der Personaldienstordnungen und der Kriterien für die Erteilung von Aufträgen gemacht und dabei auch auf die dazu vorgesehenen Regionalgesetze verwiesen (s. Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino¹), welche Prinzipien vorsehen, an welche sich die Körperschaften halten müssen.

¹ Regionalgesetz 3. Mai 2018, Nr. 2, i.g.F.

Das Gesetz Nr. 190 vom 06.11.2012, verpflichtet unter Artikel 1, Absatz 5 alle öffentlichen Verwaltungen:

- a) einen Korruptionspräventionsplan mit Bewertung des Grads der Korruptionsgefährdung der verschiedenen Ämter und mit Angabe der organisationsbezogenen Präventionsmaßnahmen;
- b) geeignete Verfahren für die Auswahl und die Schulung des Personals in besonders korruptionsgefährdeten Bereichen.

auszuarbeiten, zu genehmigen und der Abteilung für öffentliches Verwaltungswesen zu übermitteln.

Am 12.07.2013 hat der Minister für öffentliche Verwaltung und Vereinfachung den von der Abteilung für das öffentliche Verwaltungswesen anhand der Leitlinien des interministeriellen Komitees zur Korruptionsbekämpfung ausgearbeiteten Vorschlag für den gesamtstaatlichen Antikorruptionsplan der Antikorruptionsbehörde CIVIT übermittelt, die ihn am 11. September genehmigt hat.

Der vorliegende Dreijahresplan zur Korruptionsbekämpfung und Transparenz 2021-2023 bewegt sich in Kontinuität zu den vorhergehenden Plänen, die seit 2014 aufeinander folgten, und enthält:

- 1) eine Risikoanalyse der geleisteten Tätigkeiten,
- 2) ein System von Maßnahmen, Verfahren und Kontrollen zur Vorbeugung von Situationen, welche die Transparenz und Integrität der Handlungs- und Verhaltensweise der Bediensteten beeinträchtigen.

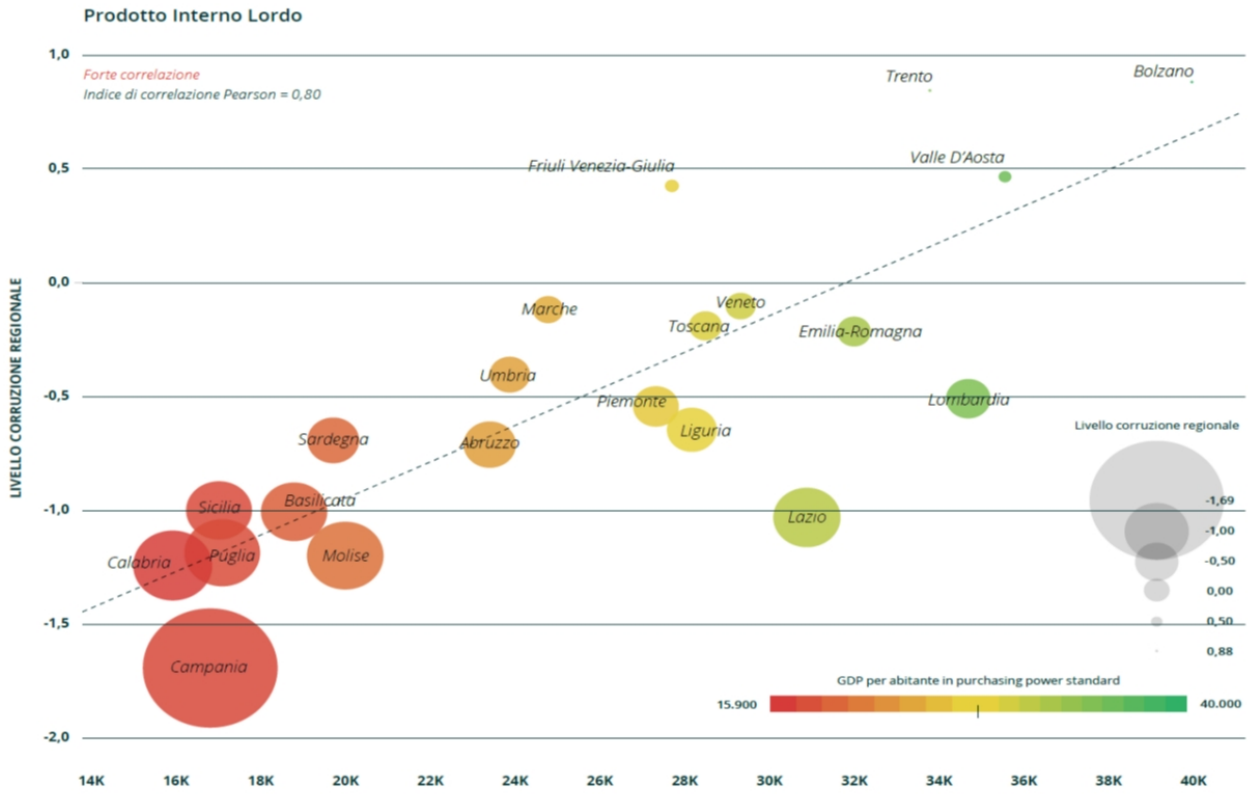
Der gegenständliche Plan ist mit der strategischen und operativen Planung der Verwaltung verknüpft und hält sich an die Vorgaben des Ausrichtungsaktes, welche anlässlich der Genehmigung des Einheitlichen Strategiedokuments genehmigt mit Beschluss des Gemeinderats Nr. 44 vom 21.12.2020 und des Arbeitsplanes genehmigt mit Ausschussbeschluss Nr. 1 vom 11.01.2021 erlassen wurden.

2. Der externe Kontext

Die Analyse des externen Kontextes hat das Ziel aufzuzeigen, wie das Umfeld, in dem sich die Körperschaft bewegt, beispielsweise hinsichtlich der kulturellen, kriminellen, sozialen oder wirtschaftlichen Einflüsse des eigenen Territoriums, das Auftreten von Korruptionsphänomenen fördern kann.

Das wahrgenommene Niveau der Korruption (jährlich von Transparency International gemessen) sieht Italien an den letzten Stellen in Europa, hingegen sind die Daten für Trentino-Südtirol laut Standard EQI (European Quality of Government Index), die besten Italiens.

Zudem scheint das Land Südtirol im europäischen Ranking an 40. Stelle unter 209 Regionen auf, was zuversichtlich stimmt.



PRODOTTO INTERNO LORDO - EUROSTAT 2013 - GDP PER ABITANTE IN PURCHASING POWER STANDARDS
 fonte: <http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/TGS00005> (Dati estratti a gennaio 2017)

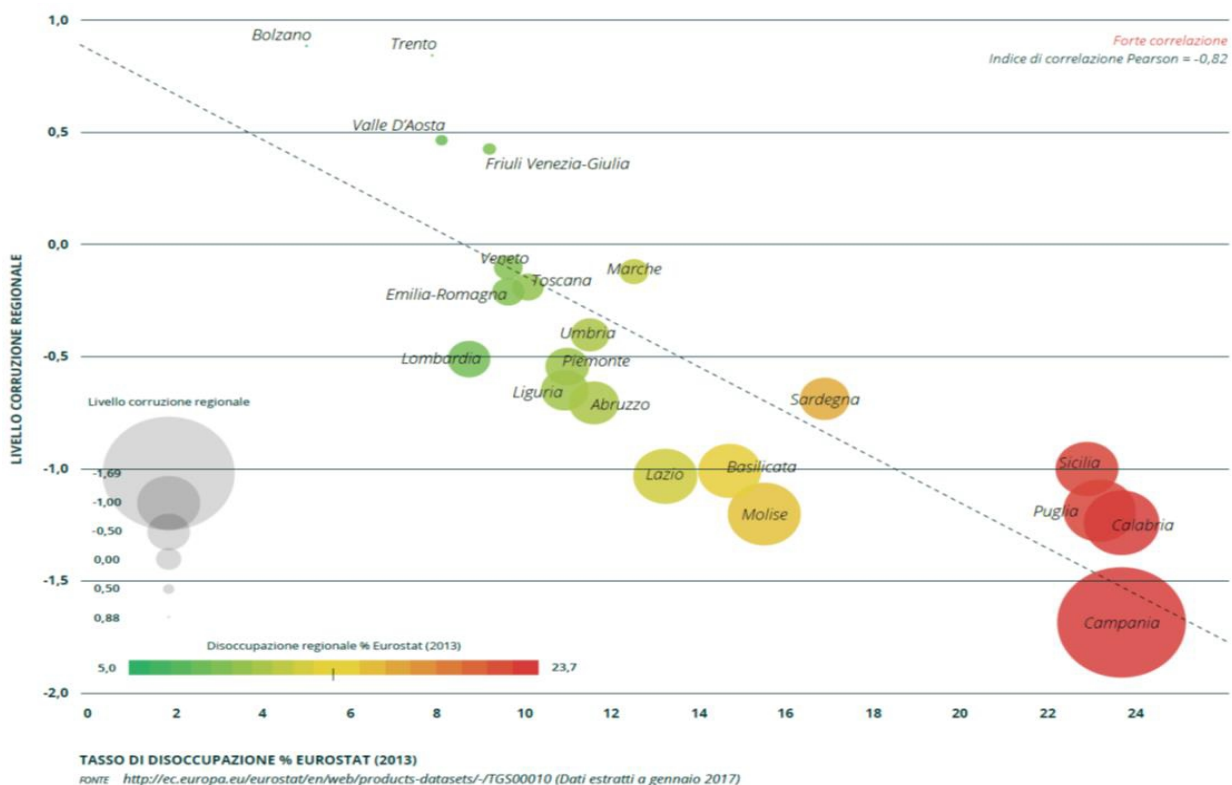
Der Plan wird durch verschiedene Anlagen ergänzt, welche im Detail die Ergebnisse der Risikoverwaltung erläutern und die neuen organisatorischen Maßnahmen aufgrund des derzeitigen sanitären Notstandes mit Beginn im März 2020 und mit Hoffnung auf ein Ende im Jahr 2021.

Das Land Südtirol weist das höchste Prokopf-Bruttoeinkommen Italiens auf. Welches sich mit einem Verhältnisindex nach Pearson gleich 0,8 für die wahrgenommene Korruption direkt proportional verhält.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG (regionaler Qualitätsindex für Entwicklung)

Im selben Lichte ist dieser Indikator zu lesen, welcher für die hohe Qualität der regionalen Entwicklung spricht, wobei besonders die guten Werte betreffend die Ethik des Landes Südtirol mit einem Verhältnisindex nach Pearson von 0,85 hervorstechen.

DIE ARBEITSLOSIGKEIT



Der vom Europäischen Institut für Statistik gemessene Prozentsatz der Arbeitslosigkeit ist italienweit der Beste (laut ASTAT waren im dritten Trimester 2020 circa 260.000 Personen angestellt und 9.000 Personen auf Arbeitssuche). In diesem Falle liegt der regionale Verhältnisindex zwischen der Arbeitslosigkeit und der wahrgenommenen Korruption nach Person sogar bei 0,82, was wiederum bestätigt, dass je höher die Ethik im öffentlichen System wahrgenommen wird desto höher ist der Beschäftigungsgrad.

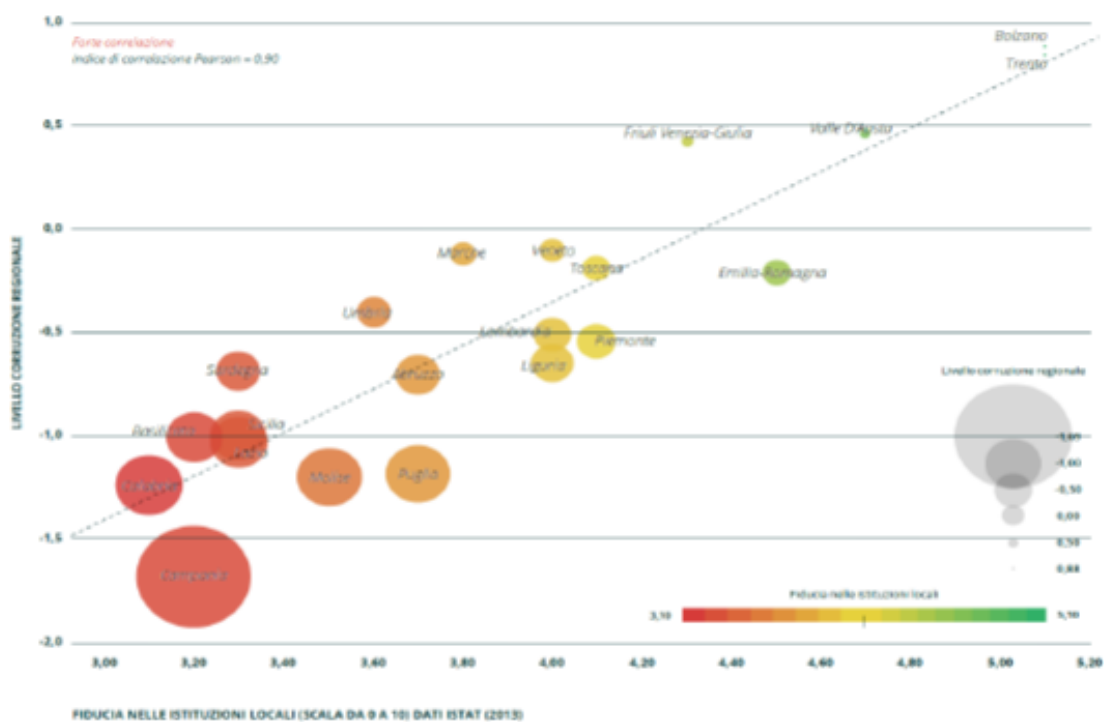
Zudem ist der Indikator bezüglich des Vertrauens in die örtlichen öffentlichen Körperschaften und somit auch in örtlichen territorialen Körperschaften, welche die erste Schnittstelle mit

dem Bürger sind, laut ISTAT gerade in den Autonomen Provinzen von Bozen und Trient mit einem Verhältnisindex nach Pearson der 0,90 erreicht.

Es mag logisch scheinen, dass die beiden Indikatoren, und zwar einer laut Trasparency International und der andere laut ISTAT wesentlich einhellig und homogen die hervorragende Qualität des öffentlichen Systems des Landes Südtirol feststellen.

Dieses Vertrauen in das öffentliche System soll auch unsere Gemeinde dazu antreiben, sich unter Beachtung der Gesetzmäßigkeit und Verantwortung für das gemeinsame Wohl noch mehr in Richtung transparentes und ethisches Verhalten zu entwickeln.

DAS VERTRAUEN IN DIE ÖRTLICHEN INSTITUTIONEN



Alle oben dargestellten Daten lassen eine äußerst positive und virtuose Korrelation zwischen wahrgenommener Ethik und verschiedenen Parametern der Lebensqualität im Land Südtirol erkennen und bestätigen die Ethik des Territoriums.

Alle Daten deuten auf eine positive und beispielhafte Entwicklung hin und bestätigen das ethisch korrekte Verhalten im Territorium.

Immer im Zusammenhang mit der Messung der wahrgenommenen Korruption hat ISTAT zum ersten Mal mit der Erhebung betreffend die Sicherheit 2015-2016 festgestellt, dass in Italien **1,7 Millionen von Familien** mindestens einmal in ihrem Leben mit Korruptionsfällen in Kontakt getreten sind.

Neu war dabei der Ansatz des Statistikinstitutes das Problem aus der Sichtweise der Familien zu betrachten und zu registrieren, wer mit mehr oder weniger deutlichen Anfragen nach Geld, Geschenken, Gefallen oder andere Leistungen konfrontiert wurde.

Bestechungsgelder und Bestechungsgelder sind daher kein Phänomen, das nur die politische Klasse betrifft, wenn fast 8% der italienischen Familien mit ihnen zu tun hatten, darunter 2,7% in den letzten drei Jahren und 1,2% in nur 12 Monaten vor der Umfrage (Tabelle 1a).

Es muss gesagt werden, dass die kleineren Werte möglicherweise nicht genau sind, da aus den Beobachtungen das mögliche Vorhandensein signifikanter statistischer Fehler hervorgeht, wenn nur wenige Probanden der Stichprobe antworten. Die Überlegungen, gerade weil sie nur die Phänomene bescheidenerer Dimensionen betreffen, bleiben jedoch in den allgemeinen Trends gültig. Um die Schätzungen zu bestätigen, wurde beschlossen, in die folgenden Tabellen neben den Daten der Provinz Bozen auch jene der Provinz Trient aufzunehmen, eines Nachbargebiets mit einer guten sozialen und wirtschaftlichen Affinität.

Der nationale Durchschnitt ist eher besorgniserregend, währenddem die Daten der Provinz Bozen gut sind, und zwar unter den Besten Italiens. Im Latium wurden am meisten positive Antworten gegeben und 18 Familien auf 100 sind Opfer von Korruption, währenddem in der Provinz Bozen nur 3,1 Familien auf 100 mit Korruption in Kontakt getreten sind.

Tav.1a - Famiglie che hanno avuto richieste di denaro, favori o altro o che hanno dato denaro, regali o altro in cambio di favori o servizi, nel corso della vita e negli ultimi tre anni, per tipo di settore e per regione, ripartizione geografica, tipologia di comune di residenza. Anno 2016 (Per 100 famiglie).

	Almeno un caso di corruzione nel corso della vita	Almeno un caso di corruzione negli ultimi tre anni	Nel corso della vita						
			Sanità	Sanità (comprende la richiesta di effettuare visita privata)	Assistenza	Istruzione	Lavoro	Uffici pubblici	
Bolzano	3.1	0.7	0.9	4.4	0.4(*)	0.1(*)	0.8	1.4	
Trento	2.0	0.4(*)	0.2(*)	1.6	0.5(*)	0.2(*)	0.7	0.3(*)	
Totale	7.9	2.7	2.4	11.0	2.7	0.6	3.2	2.1	

(*) dato con errore campionario superiore al 35%

Auf nationaler Ebene hat die Korruption in erster Linie mit dem Arbeitsbereich zu tun (3,2% der Familien), die vor allem bei der Arbeitssuche, bei der Teilnahme an Wettbewerben oder bei Aufnahme einer Tätigkeit damit konfrontiert werden (2,7%).

ISTAT schätzt, dass von den Familien, die in Prozesse verwickelt waren, 2,9% von Geldforderungen, Geschenken oder Vorteilen z.B. zugunsten eines Richters, Staatsanwaltes, Kanzleileiters, Rechtsanwalt, zeugen oder andere betroffen war.

Es wird geschätzt, dass 2,7% der Familien, die Ansuchen um soziale Begünstigungen gestellt haben (Beiträge, Wohnungen, Übernahme von Kosten, Invaliditätsrenten oder andere Vorteile) eine Aufforderung zu einer Geldzahlung oder eines anderen Nutzens erhalten hat. Im Sanitätsbereich sind 2,4% der Familien, die Visiten, Analysen, Aufnahme ins Krankenhaus oder Eingriffe benötigt haben, Opfer eines korruptiven Verhaltens geworden. Im Verkehr mit öffentlichen Ämtern wurden Familien in 2,1% der Fälle mit Aufforderungen zu Geldzahlungen, Geschenken oder Gefälligkeiten konfrontiert.

Tav. 7a - Persone che conoscono qualcuno (amici, parenti, colleghi...) a cui è stato richiesto denaro, favori, regali in cambio di beni o servizi, per settore in cui si è verificata la richiesta e per regione. Anno 2016 (Per 100 persone)

	Almeno un settore	Assistenza
Bolzano	5.6	1.2
Trento	7.5	2.9
Puglia	32.3	17.8
Totale	13.1	4.0
<i>(*) dato con errore campionario superiore al 35%</i>		

Hinsichtlich der Empfehlungen in Südtirol hingegen, auch wenn halb so hoch wie auf staatlicher Ebene, kann man weniger zufrieden sein, da 14,7% der Personen jemand kennen, der empfohlen wurde.

6 Personen auf 100 wurden in Südtirol gebeten, eine Empfehlung zu geben. Dies belegt, dass das Phänomen aus sozialer Ebene diffus ist.

Tav.11b - Persone cui è stata richiesta una raccomandazione o da fare da intermediario o a cui è stato offerto denaro per regione. Anno 2016 (Per 100 persone)

	Raccomandazione	Denaro/regali per ottenere un vantaggio	Entrambi
Bolzano	6.4	1.4	0.2 (*)
Trento	6.0	0.6	0.3 (*)
Totale	8.3	0.5	0.3
<i>(*) dato con errore campionario superiore al 35%</i>			

Tav. 10 - Persone che conoscono qualcuno che è stato raccomandato per tipo di servizio/favore richiesto per regione. Anno 2016 (Per 100 persone)

	Almeno una raccomandazione	un posto di lavoro	una licenza, un permesso, una concessione	un beneficio assistenziale	ammissione a scuole o promozioni	cancellazione di multe o sanzioni	essere favorito in cause giudiziarie
Bolzano	14.7	12.7	6.8	5.2	3.1	2.7	0.7 (*)
Trento	22.6	17.8	7.3	5.7	1.8	4.3	1.6
Totale	25.4	21.5	7.5	6.8	4.9	7.5	1.9
<i>(*) dato con errore campionario superiore al 35%</i>							

Auch die Statistiken der Strafverfahren betreffend Straftaten gegen die öffentliche Verwaltung zeigen, dass man wachsam bleiben muss, auch wenn das Gesamtbild recht gut ist.

Tavola 4 - Numero di sentenze contenenti il reato e numero totale dei reati sentenziati per tipologia e regione di commesso reato. Anno 2016 (per 100.000 abitanti)

	Peculato		Indebita percezione di erogazioni pubbliche a danno dello Stato		Concussione		Corruzione per un atto contrario ai doveri d'ufficio		Responsabilità del corruttore		Istigazione alla corruzione		319quater della legge 6.11.2012, n. 190: Induzione indebita a dare o promettere utilità	
	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati
Trentino-Alto Adige	0,7	0,8	1,1	1,1	0,1	0,3	-	-	-	-	0,1	0,1	-	-
Bolzano / Bozen	1,0	1,2	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	0,2	0,2	-	-
Trento	0,4	0,4	1,3	1,3	0,2	0,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Italia	0,7	1,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,5	0,2	0,5	0,2	0,2	0,1	0,2

Nicht zuletzt ist bei der Analyse des externen Kontextes noch der Einfluss der Pandemie zu erwähnen, der aufgrund des sanitären Notstandes sich auf alle sozialen, ökonomischen und politischen Bereiche der Bürgerinnen und Bürger ausgewirkt hat. Die Wirkungen wird man mit Sicherheit noch das ganze Jahr 2021 feststellen und verlangen dem öffentlichen System, das bisher grundsätzlich solide und gesund war, einen großen Einsatz, um den Neustart zu unterstützen, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und kriminelle Untergrabungen zu verhindern.

3. Der interne Kontext

Bei der Erstellung des Dreijahresplans wurde nicht nur der genannten Analyse Rechnung getragen, sondern auch der Ergebnisse der ordentlichen Überwachung der möglichen Korruptionsphänomene. Im Rahmen der bislang in der Körperschaft durchgeführten Kontrollen sind keinerlei Unregelmäßigkeiten aufgetreten und auch keine Sanktionen verhängt worden. Es kann also grundsätzlich behauptet werden, dass der interne Kontext „gesund“ ist und keine besonderen Bedenken bestehen.

Weiter wird darauf hingewiesen auf:

- Verantwortungssystem: Rollen, Verantwortungen und Vollmachten sind vorab genau definiert und formalisiert wie auch die Entscheidungsprozesse. Die Zeiträume des Lockdowns im Jahre 2020 und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bürger haben sich stark auf die Organisation der Gemeinde ausgewirkt; Telearbeit wurde grundsätzlich möglich, Sitzungen per Fernverbindung durchgeführt, Schulungen in Präsenz wurden ausgesetzt, eine teilweise Schließung der Ämter für den Parteienverkehr, eine Beschleunigung des papierlosen Büros, sowie ein Sicherheitsprotokoll, welches diesem Plan beigelegt ist.

🕒 **Ziele und Strategien:** werden im Einvernehmen zwischen Gemeindeausschuss und Gemeindesekretär definiert und finden im ESD ihren Niederschlag

• **Ressourcen, Kenntnisse, Systeme und Technologien:** Dies hat dazu beigetragen, die Herausforderung der agilen Arbeit² seit Beginn des Lockdowns im März 2020 gut zu meistern und gleichzeitig trotz Einhaltung der Abstandsregeln und in Beachtung der Richtlinien des Ministeriums für öffentliche Verwaltung unter Ministerin Dadone den Bürgern die Dienste zu bieten.

🕒 **Organisationskultur:** alle Mitarbeiter werden nach der Aufnahme bewertet und so eingesetzt, dass sie die Ziele der Körperschaft mit der nötigen Ethik mittragen und umsetzen.

🕒 **Informationsfluss:** die interne Transparenz ist eine der Säulen für die Fähigkeit als lernende Organisation, die die anvertrauten Ressourcen kennt und zu deren Wertsteigerung beiträgt.

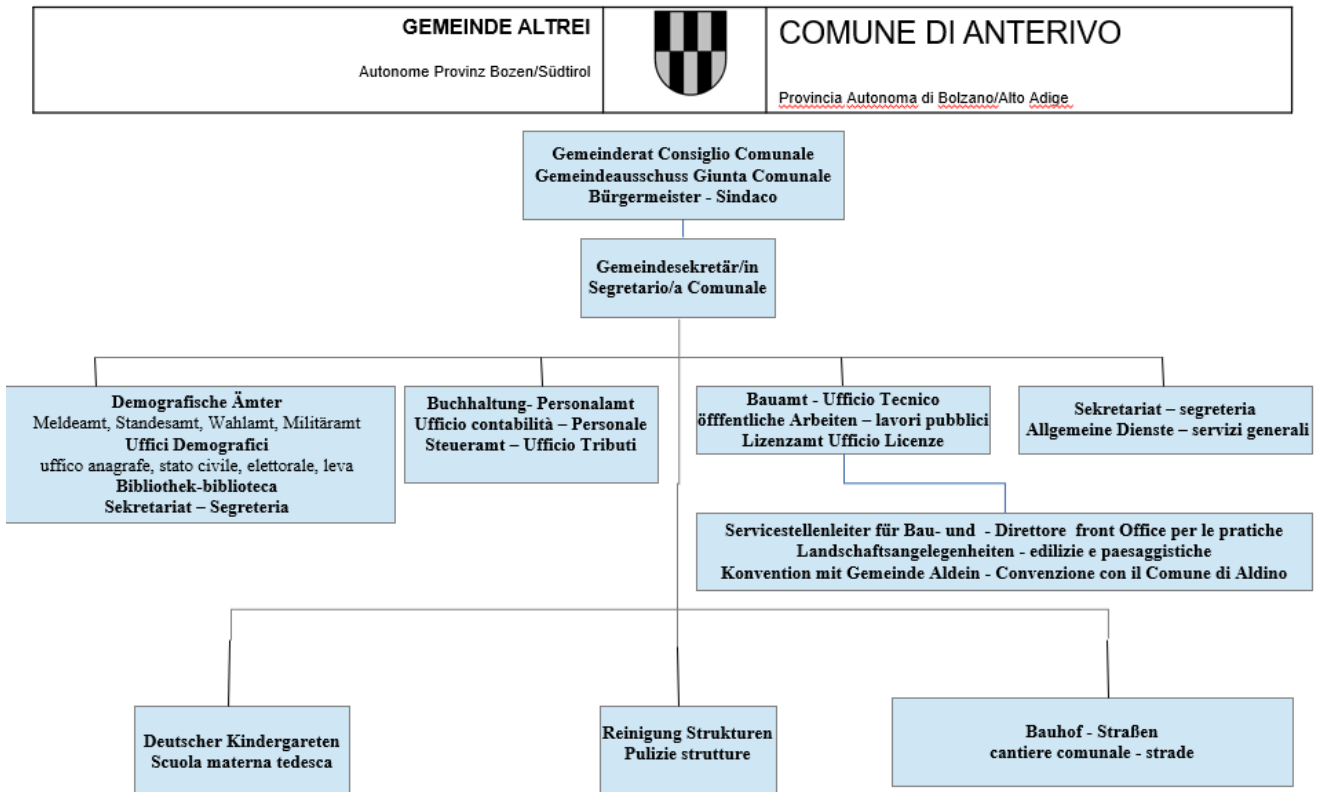
• **Anzeigen, Meldungen oder andere laufende Untersuchungen:** es scheinen in keinerlei Art von Akten Disziplinarverfahren oder andere Untersuchungen auf.

Auch im Lichte der Fähigkeit der Gemeinde im Notstand auf den Notstand sofort zu reagieren, kann man begründeter Weise annehmen, dass der interne Kontext gesund ist und keinerlei Anlass zur Sorge gibt.

² art. 87 del GS 17. März 2020, Nr. 18 (misure straordinarie in materia di lavoro agile per il pubblico impiego); Beschlus Ministerrat 7. Oktober 2020 mit Verlängerung bis 31. Jänner 2021, des Notstandes; Dekret Minister öffentliche Verwaltung 19. Oktober 2020, recante «Misure per il lavoro agile nella pubblica amministrazione nel periodo emergenziale», verlängert zum 31. Jänner 2021, mit Dekret vom 23. Dezember 2020.

4. Die Organisationsstruktur der Gemeinde Altrei

Gemäß Beschluss des Gemeinderates Nr. 28/R/2013 vom 26.11.2013, gliedert sich die Organisationsstruktur der Gemeinde wie folgt:



Die Aufteilung und genaue Definition der Kompetenzen und der Aufgaben der einzelnen Stelleninhaber sind im Stellenplan und den Stellenbeschreibungen genau definiert.

Der/die Gemeindesekretär/in Frau Dr. Martina Todesca, im Sinne von Art. 1, Absatz 7, zweiter Unterabsatz von Gesetz 190/2012, der Antikorruptionsbeauftragte der Gemeinde Altrei sowie im Sinne des R.G. Nr. 10/2014 auch der Transparenzverantwortliche ist.

Als Verantwortliche für die jährliche Eingabe der Daten auf der Seite „Transparente Verwaltung“ und des RASA wird die Gemeindesekretärin Dr. Martina Todesca bestimmt.

Hervorgehoben wird, dass der vorliegende Plan ausschließlich direkt abgewickelte Tätigkeiten in Betracht zieht, weshalb die Tätigkeiten im Rahmen der nachfolgenden Dienste ausgenommen sind, da diese ausgelagert worden sind. Für diese Dienste ist das Rechtssubjekt, welches mit der Führung der Dienste beauftragt ist, für die Integrität der Beschäftigten verantwortlich:

1. Kinderhort – die Führung dieses Dienstes wurde mittels Konvention in Ausführung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 47/R/2020 vom 21.12.2020 der federführenden Gemeinde Auer übertragen. Für die Gemeinde Altrei ist ein Platz im Bedarfsfalle reserviert.

Ausgelagert wurden auch folgende Dienste, weshalb das Rechtssubjekt, das mit der Führung beauftragt wurde, für die Integrität der Beschäftigten verantwortlich ist:

- Müllsammlung und –entsorgung – Bezirksgemeinschaft Überetsch Unterland
- Schwarzwasserdienst – Ecocenter AG

Die Anzahl der Stellen laut Stellenplan (8) (8 Mitarbeiter, davon 1 Arbeiter, 4 Beamte, 1 Reinigung, 1 Küche, 1 Führungskraft) sowie die entsprechende Einstufung sind im Stellenplan, genehmigt mit Ratsbeschluss Nr. 28/R/2013 vom 26.11.2013 ersichtlich.

Der Stellenplan ist derzeit zur Gänze besetzt.

Die allgemeinen Prinzipien der Bestimmungen betreffend Integrität und Transparenz werden in den jeweiligen Strukturen unter Berücksichtigung der Größe derselben angewandt.

4.1. Verantwortliche für Korruptionsvorbeugung und Transparenz

Die Generalsekretärin Dr. Martina Todesca ist, im Sinne von Art. 1, Absatz 7, zweiter Unterabsatz von Gesetz 190/2012, mit Ausschussbeschluss Nr. 19 vom 30.09.2013 als Antikorruptionsbeauftragte der Gemeinde Altrei ernannt worden, sowie im Sinne des R.G. 10/2014 mit Ausschussbeschluss Nr. 20 vom 20.01.2016 auch als Verantwortliche für die Transparenz und mit Ausschussbeschluss Nr. 178 vom 15.06.2016 als Verantwortliche für die digitale Transition.

Die Entscheidung einen einzigen Verantwortlichen zu ernennen wird vom GvD Nr. 97/2016 empfohlen und ist aufgrund der Dimension der Körperschaft angeraten.

4.2 Der Datenschutzbeauftragte (DPO)

Mit Ausschussbeschluss Nr. 315 vom 10.12.2020 wurde RA Dr. KLAUS PERNTHALER als Datenschutzbeauftragter für die Jahre 2021-2023 der Gemeinde Altrei ernannt.

Sofern Anträge um Zugang zu persönlichen Daten einigen oder Anträge auf erneute Überprüfung über den Bürgerzugang wird die Antikorruptions- und Transparenzbeauftragte auf seine Beratung zurückgreifen. Wie bekannt werden die Anträge auf erneute Prüfung des Bürgerzuganges vom Antikorruptions- und Transparenzbeauftragten mit Anfrage um Gutachten beim Garanten für den Datenschutz im Sinne von Art. 5, Abs. 7, des GvD Nr. 33/2013 entschieden.

Ebenso kann der DPO in die Bewertung der korrekten Behandlung von persönlichen Daten auf der Internetseite der Gemeinde im Menüpunkt transparente Verwaltung miteinbezogen werden.

Insbesondere ist dabei die Bedeutung der Prinzipien der Angemessenheit, der Zugehörigkeit und Beschränkung auf das Notwendige zur Zweckerreichung im Sinne von Art. 5 der Verordnung (EU) 2016/679, sog. Minimisierung von Daten (Abs. 1, Buchst. c)) zu beachten.

4.3 Der Verantwortliche für die Eingabe der Daten der Vergabestelle (R.A.S.A.)

Im Sinne des Beschlusses der ANAC Nr. 831 vom 03/08/2016 wurde mit Gemeindeausschussbeschluss Nr. 27 vom 23.01.2019 Frau Dr. Martina Todesca Gemeindesekretärin, als RASA (zuständige Person für die Eingabe und jährliche Aktualisierung der Daten der Vergabestelle bei ANAC) für die Gemeinde Altrei ernannt.

5. Die Unterstützung des Südtiroler Gemeindenverbandes

Um den Prozess zur Ausarbeitung und Implementierung für längere Zeit des Korruptionsvorbeugungsplanes voranzutreiben, hat die Gemeinde an den Fortbildungskursen des Südtiroler Gemeindenverbandes teilgenommen und das Tutoring desselben beansprucht. Insbesondere hat der Gemeindesekretär mittels Webinar an zwei Workshops mit dem Ziel des Austausches und zur Methodologie der Vorgehensweise für den Dreijahresplan 2021-2023 am 7. und 8. Jänner 2021 teilgenommen. Dabei war es möglich, die Analyse-Methoden und die Ansätze zur Risikoverwaltung zu verfeinern und zu homogenisieren und dadurch im gemeinsamen Austausch mit Gemeinden unter 5.000 Einwohnern Verbesserungen zu erlangen.

Der bedeutende Beitrag der Gemeindenverbände bei der Begleitung des Prozesses zur Förderung von Integrität und Transparenz wurde unter anderem auch im kürzlich erlassenen gesamtstaatlichen Antikorruptionsplan hervorgehoben.

6. Die Referenten

In Anbetracht der geringen Größe der Körperschaft sind keine Referenten der Rechtschaffenheit ernannt worden.

7. Delegationsprinzip – Pflicht zur Zusammenarbeit - Mitverantwortung

Die Ausarbeitung des vorliegenden Plans sieht - dem Delegationsprinzip zufolge - die größtmögliche Einbeziehung aller Führungskräfte/Beamten vor, die Organisationsverantwortung für die verschiedenen Strukturen der Körperschaft tragen, eventuell auch als Risikoträger im Sinne des gesamtstaatlichen Antikorruptionsplans. Ausgehend von diesem Ansatz sind die Führungskräfte zur aktiven und mitverantwortlichen Zusammenarbeit bei der Förderung und Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherung eines integren Handelns der einzelnen Beteiligten innerhalb der Organisation verpflichtet.

Zu diesem Zweck wurden diesen Verantwortlichen folgende Aufgaben übertragen bzw. zugewiesen:

- a) Mitarbeit bei der Organisationsanalyse und der Feststellung der Schwachstellen;
- b) Mitarbeit bei der Erstellung des Risikoatlasses der Organisationsstrukturen und der jeweiligen Arbeitsabläufe in Form von Festlegung, Bewertung und Definition der Risikoindikatoren;
- c) Planung und Ausarbeitung von Aktionen und Maßnahmen, die notwendig und geeignet sind, um Korruption und nicht integrires Handeln am Arbeitsplatz zu vermeiden.

Durch die Einführung und Verschärfung allgemeiner, bereichsübergreifend anwendbarer Verfahrensregeln können Schwachstellen, Funktionsmängel und Überlappungen, welche die operative Qualität und Effizienz der Verwaltung beeinträchtigen, in Angriff genommen und überwunden werden.

8. Der methodologische Ansatz zur Planerstellung

8.1. Zielsetzungen

Ziel dieses Korruptionspräventionsplans ist es, innerhalb der Verwaltung den Ausbau eines organischen Systems von Instrumenten zur Korruptionsvorbeugung zu erreichen.

Die Vorbeugung zielt nicht nur auf die vom Strafgesetzbuch vorgesehenen Straftatbestände ab, sondern behält auch jene Situationen nicht krimineller Natur im Auge, welche dennoch eine schlechte Funktion der Verwaltung ausdrücken und sich durch die Ausübung von Aufgaben zwecks Wahrnehmung privater Interessen anstatt öffentlicher Interessen kennzeichnen. Unter privatem Interesse versteht man sowohl das Interesse der Einzelnen oder einer Gruppe von Angestellten als auch einer dritten Partei.

Dabei sei bemerkt, dass der korruptive Vorgang auch dann vorliegt, wenn die Tat nur versucht und nicht begangen wurde.

Wie im nationalen Antikorruptionsplan 2013 und in seiner Aktualisierung 2015 und in der Ausfertigung 2016 sind die vordergründigen Ziele, welche mit geeigneten Maßnahmen zu verfolgen sind, folgende:

- Einschränkung der Gelegenheiten, die zu Fällen von Korruption führen können
- Erhöhung der Fähigkeit Fälle aufzudecken

- Schaffung eines für Korruption ungeeigneten Klimas

8.2. Methodenansatz

Die bei der Planerstellung **angewendete Methodik** fußt auf zwei Ansätzen, die im Organisationsbereich (Banken, multinationale Unternehmen, ausländische öffentliche Verwaltungen) als Exzellenzbeispiele gelten und diese Probleme bereits erfolgreich in Angriff genommen haben. Diese Ansätze werden nachfolgend kurz beschrieben.

- Der **Ansatz der standardisierten Systeme**, der seinerseits auf folgenden Grundsätzen fußt: auf dem **Grundsatz der tätigkeitsbegleitenden Dokumentation**, der vorsieht, dass Kohärenz und Angemessenheit aller Operationen und Handlungen eines Prozesses nachvollziehbar sind, damit die Verantwortung für die Tätigkeitsplanung, Validierung, Genehmigung und Durchführung immer zugewiesen werden kann; und dem **Grundsatz der kontrollbegleitenden Dokumentation**, der vorsieht, dass jede Supervisions- und Kontrolltätigkeit vom Verantwortlichen dokumentiert und unterschrieben wird. In Einklang mit diesen Grundsätzen müssen Verfahren, Checklisten, Kriterien und andere Instrumente, welche Einheitlichkeit, Transparenz und Gleichbehandlung gewährleisten, formalisiert werden.
- **Der Ansatz nach GvD Nr. 231/2001** - der in bestimmten Fällen Anwendung findet und für den öffentlichen Bereich nicht zwingend vorgeschrieben ist - sieht vor, dass die Körperschaft für begangene Vergehen - selbst wenn diese in ihrem Interesse und zu ihrem Vorteil begangen wurden - **nicht verantwortlich ist**, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:
 - ❖ wenn die Körperschaft beweisen kann, dass das Führungsorgan vor Begehung der Tat geeignete Organisations- und Führungsmodelle zur Vermeidung solcher Vergehen eingeführt und wirksam umgesetzt hat;
 - ❖ wenn eine mit autonomen Initiativ- und Kontrollbefugnissen ausgestattete Einrichtung der Körperschaft mit der Aufsicht über Funktionsweise und Einhaltung der Modelle sowie mit ihrer Fortschreibung beauftragt wurde;
 - ❖ wenn diese Einrichtung die Aufsicht nicht unterlassen oder unzureichend ausgeübt hat.

Diese Ansätze stehen, auch wenn angepasst, in Einklang mit dem gesamtstaatlichen Antikorruptionsplan und dessen zeitlich folgenden Aktualisierungen (2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020).

9. Der Ablauf der Planerstellung bzw. Aktualisierung

9.1 Die berücksichtigten Aspekte

Bei der Planerstellung, die vom Südtiroler Gemeindenverband begleitet wurde, sind verschiedene, in den Leitlinien des interministeriellen Komitees vom März 2013 ausdrücklich genannte Aspekte berücksichtigt worden die im Gesamtstaatlichen Antikorruptionsplan vom 11.09.2013 und darauffolgende Aktualisierungen, insbesondere die Letzte vom 3. August 2016, bestätigt wurden.

- a) Die Miteinbeziehung der Verantwortungsträger aus besonders korruptionsgefährdeten Bereichen bei der Analyse, Bewertung, Ausarbeitung und Festlegung von Maßnahmen sowie bei der Überwachung der Planumsetzung. Diese Tätigkeit - die eine angemessene Ausbildung über die Zielsetzungen und Instrumente des Planes nur ergänzt, nicht ersetzt - war der Ausgangspunkt für die Festlegung von wirksamen, auf die Bedürfnisse der auf die Gemeinde Altrei zugeschnittenen Präventionsmaßnahmen;
- b) Die Miteinbeziehung der Gemeindeverwalter auch in der Phase der Erstellung, indem der Gemeinderat über die Richtlinien, die bei der Erstellung bzw. Ajournerung des Planes eingehalten werden, informiert wird. Die Rolle des Gemeindeausschusses ist mehr operativer Natur, da sich dieser nun auch bezüglich der Erstellung des Dreijahresplans äußern kann und nicht nur bei der Genehmigung desselben;
- c) Die Erhebung aller bereits umgesetzten Sicherungsmaßnahmen (striktere Verfahrensregeln, spezifische Kontrollen, Ex-Post-Bewertung der erzielten Ergebnisse, besondere Maßnahmen für die Organisation und Personalverwaltung der Dienststellen, besondere Transparenzmaßnahmen in Bezug auf die geleisteten Tätigkeiten) und die Aufzählung aller Maßnahmen, die in Zukunft geplant sind. Auf diese Art ist ein Plan entstanden, der den von der Verwaltung eingeschlagenen Weg aufwertet und alle **positiven Erfahrungen**, die mit den Zielsetzungen des Plans vereinbar sind, **systematisch aufgreift**;
- d) Die Verpflichtung in Zukunft die von den verschiedenen Interessensträgern abgegebenen Bemerkungen und Vorschläge für Verbesserungen an den Inhalten der ergriffenen Maßnahmen, welche in besonders korruptionsgefährdeten Bereichen gesetzt wurden, entgegenzunehmen und zu unterstützen. Dadurch soll die Sichtweise der Nutznießer der Gemeindedienste eingebracht werden und den Betroffenen gleichzeitig bewusst gemacht werden, mit welchem Einsatz die Integrität und Transparenz im Handeln der Beteiligten auf allen Ebenen gestärkt und gefördert wird;
- e) Die Schaffung von Synergien mit bereits bestehenden und geplanten Transparenzmaßnahmen, durch:
 - Aktivierung des Systems für die Informationsübertragung zur institutionellen Internetseite der Körperschaft;

- Aktivierung des Bürgerzugangs im Sinne des GvD Nr. 33/2013 und gemäß den von der Region zu erlassenden Transparenzbestimmungen;
- f) Die Planung und Umsetzung spezifischer Schulungsmaßnahmen für alle Beschäftigten der Verwaltung und der Verwalter, besonders für den Antikorruptionsbeauftragten und die Verantwortlichen der stark korruptionsgefährdeten Dienststellen, zum Themenkreis Legalität und Ethik des individuellen Handelns;
- g) Die Fortsetzung der mit den vorherigen Korruptionsbekämpfungsplänen 2014-2016, 2015-2017, 2016-2018, 2017-2019 und 2018-2020, bestätigt für das Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen;
- h) Die Prüfung und Bewertung der externen und internen Kontexte zur besseren Abwägung der zu treffenden Maßnahmen.

Seit dem ersten Korruptionsbekämpfungsplan wurde im Sinne des Rundschreibens Nr. 1 vom 25.01.2013 der Abteilung für das öffentliche Verwaltungswesen, vom gesamtstaatlichen Korruptionsbekämpfungsplan 2015 bestätigt, es zudem als angemessen erachtet, **den Begriff Korruption auf all jene Situationen auszudehnen** bei denen "eine Person im Zuge der Verwaltungstätigkeit die ihr übertragenen Befugnisse zum eigenen Vorteil missbraucht (...) Korruption umfasst auch Handlungen, die strafrechtlich nicht relevant sind, folglich also nicht nur das gesamte Spektrum der Verbrechen gegen die öffentliche Verwaltung gemäß Titel II, Absatz I des Strafgesetzbuches sondern auch **all jene Situationen, in denen sich - unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz - aus der Nutzung der übertragenen Befugnisse zu privaten Zwecken Missstände in der Verwaltung ergeben.**"

9.2 Sensibilisierung und Miteinbeziehung der Dienststellenleiter

Ein erster Schritt in die gewünschte Richtung besteht darin, die Wahrnehmung des Problems der Verhaltensintegrität in der Gemeinde zu steigern.

Im Bewusstsein, wie wichtig es ist, dass die Zielsetzungen und Erstellungsmodalitäten des Korruptionsbekämpfungsplans von allen mitgetragen werden, wurde in dieser Schulungsphase besonderes Augenmerk auf die **Sensibilisierung und Beteiligung der Dienststellenleiter** gelegt und dabei anlässlich verschiedener Treffen hervorgehoben, dass der Plan nicht nur die Tätigkeiten umfasst, die in Artikel 1, Absatz 16 des Gesetzes Nr. 190/2012 genannt werden (Genehmigungen oder Konzessionen; Auswahlverfahren bei der Vergabe von Arbeiten, Dienstleistungen und Lieferungen; Gewährung und Ausschüttung von Zuschüssen, Beiträgen, Beihilfen und wirtschaftlichen Vergünstigungen jeglicher Art an Personen und öffentliche und private Körperschaften; Auswahlverfahren bei der Personaleinstellung und Wettbewerben bzw. Aufstieg in der Karriere), sondern auf der Grundlage der Analyse aller integritätsgefährdeter Tätigkeitsbereiche der Gemeinde erstellt wird.

Da in der Gemeinde Altrei aufgrund des Autonomiestatutes sowie des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino Südtirol die Gemeindeverwalter auch

Aufgaben verwaltungstechnischer Natur wahrnehmen, ist deren Beteiligung am Prozess nicht nur eine Pflicht, sondern auch strategisch, sowohl in Hinsicht der politisch-verwaltungsmäßigen Richtlinien als auch der gemeinsamen Anstrengungen zur Einhaltung der Prinzipien einer gesunden und integren Verwaltung der öffentlichen Sache.

Da die Verwalter in der Gemeinde Altrei kraft Satzung und Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino Südtirol auch Verwaltungsaufgaben übernehmen, ist ihre Beteiligung an diesem Prozess sowohl für die politisch-administrative Ausrichtung als auch für die Unterstützung des Grundsatzes einer verantwortungsbewussten und integren öffentlichen Verwaltung notwendig und von strategischer Bedeutung.

Aus diesem Grund wurden die Verwalter in den gesamten Planungsprozesses einbezogen und zudem ständig sensibilisiert.

Diese Miteinbeziehung wird auf Grund der Angaben des gesamtstaatlichen Korruptionsbekämpfungsplanes 2015 und 2016 verstärkt, welche vorgesehen haben, dass das Leitungsorgan sowohl in der Entwicklungsphase als auch in spezifische Schulungen miteinbezogen wird.

9.3 Festlegung besonders korruptionsgefährdeter Arbeitsabläufe (Verzeichnis der korruptionsgefährdeten Arbeitsabläufe) und möglicher Risiken (Risikoverzeichnis)

Jene Arbeitsabläufe, die unter Berücksichtigung der spezifischen Situation der Gemeinde korruptionsgefährdet sind, wurden ihrer Priorität nach vom Gemeindesekretär ausgewählt und nach Bestätigung der Verantwortlichen im Sinne der Antikorruptionsbestimmungen nach ihrem Gefährdungsgrad eingestuft.

In Einklang mit den Schlussfolgerungen der Studienkommission für Transparenz und Korruption (Bericht vom 30.01.2012) wurden für die Festlegung der Priorität Methoden des Risikomanagements angewendet, wobei jedem Arbeitsablauf ein Risikoindex zugeteilt wurde, der die Messung des Gefährdungspotentials und anschließend einen Vergleich mit anderen kritischen Arbeitsabläufen ermöglicht.

Das vom Südtiroler Gemeindenverband aufgrund einer Expertise bereitgestellte Modell, das für die Risikogewichtung herangezogen wurde, entspricht mit einigen Vereinfachungen jenem des jüngst verabschiedeten staatlichen Antikorruptionsplans und ist mit diesem vergleichbar.

9.4 Risikoanalyse/Kriterien für die Einschätzung des Risikoniveaus

Jene Arbeitsabläufe, die unter Berücksichtigung der spezifischen Situation der Gemeinde korruptionsgefährdet sind, wurden ihrer Priorität nach vom Gemeindesekretär ausgewählt und nach Bestätigung der Verantwortlichen im Sinne der Antikorruptionsbestimmungen nach ihrem Gefährdungsgrad eingestuft. Der Ansatz sieht vor, dass das Risiko anhand von zwei Aspekten analysiert wird:

1) Eintrittswahrscheinlichkeit (IP), d.h. die Abwägung der Wahrscheinlichkeit, dass das Risiko in einem bestimmten Arbeitsablauf auftritt. Um dies abzuschätzen werden berücksichtigt.

- Ermessensgrad/technische Vorgaben/ Bindungen
- externe Relevanz/ wirtschaftliche Werte
- Komplexität/Linearität/Transparenz des Verfahrens
- Vorhandensein interner oder externer Kontrollen
- kritische Vorfälle der Vergangenheit in der Gemeinde

Der Grad der Eintrittswahrscheinlichkeit ist nach folgender Logik aufgebaut:

Wahrscheinlichkeit zwischen 0 und 0,05 (5%) Wert 1, leichte Wahrscheinlichkeit;
Wahrscheinlichkeit zwischen 0,051 (5%) und 0,15 (15%) Wert 2, mittlere Wahrscheinlichkeit;
Wahrscheinlichkeit zwischen 0,151 (15%) und 1(100%) Wert 3, hohe Wahrscheinlichkeit

2) Auswirkungen (IG), d.h. die Abwägung des mit Eintritt des Risikos möglichen Schadensausmaßes. Dabei wird berücksichtigt:

- materieller Schaden
- organisatorischer Schaden
- Imageschaden

Der Index für den Grad der Auswirkungen wurde wie folgt erstellt:

- Mit Schadenswahrscheinlichkeit zwischen 0 und 0,33 (33%) Wert 1, leichte Auswirkung;
- Mit Schadenswahrscheinlichkeit zwischen 0,33 (33%) und 0,66 (66%) Wert 2, mittlere Auswirkung
- Mit Schadenswahrscheinlichkeit zwischen 0,66 (66%) und 1 (100%) Wert 3, hohe Auswirkung

Der Risikoindex (IR) ist das Produkt dieser beiden Variablen, für die jeweils eine quantitative Skala vereinbart wurde; je höher der Risikoindex, desto anfälliger ist der Arbeitsablauf für das Eintreten von Handlungen oder Verhaltensweisen, die vom Grundsatz der Integrität und Transparenz abweichen.

$$IP \times IG = IR$$

Der Risikoindex, der sich für jeden als sensibel bezeichneten Prozess ergibt, kann dann in eine der folgenden Bandbreiten eingeordnet werden:

- | | |
|-----|-------------------|
| 1-2 | = niedrige Gefahr |
| 3-4 | = mittlere Gefahr |
| 6-9 | = hohe Gefahr |

Das Ausmaß des Risikogrades gibt Aufschluss über den erforderlichen Aufmerksamkeitsgrad zwecks Risikominderung und rationeller Verteilung der Anstrengungen zur Umsetzung im Dreijahresplan mit Schwerpunkt auf jenen Maßnahmen, die darauf abzielen, das potentiell höher eingestufte Risiko zu reduzieren.

In den Prozessen, in denen bereits im Laufe der letzten Jahre einige innovative Maßnahmen der Eindämmung und Verhinderung von Risiko umgesetzt wurden, wurde das Risiko selbst neu bewertet, vor allem der Faktor der Wahrscheinlichkeit, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Überwachung.

9.5 Vorgeschlagene Präventions- und Kontrollmaßnahmen

Für alle Arbeitsabläufe, die im Verzeichnis aufgrund ihres Risikoindex als kritisch eingestuft wurden, ist ein **Aktionsplan** erstellt worden, der für jedes als vorhersehbar eingestufte Risiko (d.h. für jedes Risiko mit **hohem** oder **mittlerem**, in einigen besonderen Fällen aber auch **niedrigem** Risikoindex) mindestens eine Maßnahme vorsieht und gleichzeitig Instrumente für die wirksame Umsetzung plant und entwickelt sowie bereits vorhandene Instrumente auflistet.

Die Auflistung und die daraus folgenden Maßnahmen zur Risikoreduzierung wurden durch Empfehlungen des gesamtstaatlichen Antikorruptionsplanes 2015 und 2016 angereichert, und zwar sowohl hinsichtlich der Verfahren für die Auswahl der Vertragspartner als auch der Verfahren im Bereich der Urbanistik und des Bauwesens.

Im Besonderen müssen dabei für jede geplante, noch nicht bestehende Maßnahme der vorgesehene **Zeitplan** und die **Verantwortlichkeit** für deren Realisierung und Umsetzung im Sinne eines *Projektmanagements* angeführt werden. Wo die Realisierung der Maßnahme dies zulässt, wurden Indikatoren vorgesehen, welche auf die in den Planungsdokumenten für diese Ziele angewendeten Vorkehrungen verweisen. Diese Gliederung der Maßnahmen und Quantifizierung der erwarteten Ergebnisse ermöglicht eine regelmäßige Kontrolle in Bezug auf die Einhaltung des vorgesehenen Zeitrahmens und die Verantwortlichkeiten für die Maßnahmen und Kontrollsysteme, die im Korruptionsbekämpfungsplan vorgesehen sind. Durch das Monitoring und die Bewertung der Umsetzung des Planes ist es im Laufe der Zeit möglich, Form und Wirksamkeit zu verbessern.

9.6 Ausarbeitung und Genehmigung des Planes

Die Ausarbeitung dieses Dreijahresplans zur Korruptionsprävention 2021-2023 wurde durchgeführt ausgehend von den ersten AKP, welche seit 2014 genehmigt wurden, unter Anwendung aller operativen Maßnahmen die darin vorgesehen waren und unter Neubewertung der Praxistauglichkeit für die in den nachfolgenden Jahren 2019, 2020 und 2021 umzusetzenden Maßnahmen. Es wurden außerdem die von den Dienstleitern neu vorgeschlagenen Maßnahmen und von den Führungskräften bewerteten Maßnahmen für den Dreijahreszeitraum 2019-2021 berücksichtigt, zusätzlich zu den allgemeinen Maßnahmen, die den Anforderungen des Gesetzes 190/2012 und konkrete Vorschläge vom gesamtstaatlichen Plan mit besonderer Berücksichtigung des Bereiches der öffentlichen Aufträge. Dem Plan liegt die systematische Erfassung aller von den Dienststellenleitern vorgeschlagenen und von den Führungskräften validierten operativen Maßnahmen sowie aller allgemeinen Maßnahmen gemäß Gesetz Nr. 190/2012 zu Grunde. Besonderes Augenmerk wurde der operativen und finanziellen **Machbarkeit der vorgesehenen Maßnahmen** gewidmet, die auf ihre Vereinbarkeit mit den anderen Planungsinstrumenten der Körperschaft (Haushaltsvoranschlag, programmatischer Bericht zum Haushaltsvoranschlag, Haushaltsvollzugsplan, Leitlinien usw.) überprüft wurden.

9.7 Personalschulung

Um die Effektivität des Plans zu maximieren, sind wie im gesamtstaatlichen Antikorruptionsplan vorgesehen, **für das gesamte Personal** Informationsveranstaltungen/Schulungen zu den Planinhalten vorgesehen.

Neben Zweck und Inhalt des Plans werden Themen des ethischen und rechtmäßigen Handelns sowie Neuheiten über die disziplinar- und strafrechtlichen Folgen des nicht integren Verhaltens öffentlich Bediensteter behandelt.

Durch die Führung der Anwesenheitsliste wird eine der im Gesetz 190/2012 vorgesehenen Pflichten erfüllt, die mit dem Rundschreiben der Abteilung für das öffentliche Verwaltungswesen vom 25. Januar 2013 bekräftigt wurde.

Wie vom nationalen AKP 2015 ausdrücklich vorgesehen, werden außerdem Fortbildungskurse für die Gemeindeverwalter organisiert.

10. Allgemeine organisationsbezogene Maßnahmen

10.1 Transparente Verwaltung

Die Gemeinde Altrei hält sich bezüglich der Transparenz an die Vorschriften des Art. 7 des Regionalgesetzes 13. Dezember 2012, Nr. 8 (Offene Verwaltung), wobei auch die spezifischen Bestimmungen des Landes im Sinne des Artikel 59 des Regionalgesetzes vom 22. Dezember 2004, Nr. 7 Berücksichtigung finden.

Im Jahr 2013 ist aufgrund des Ermächtigungsgesetzes 190/2012 das GvD Nr. 33 erlassen worden, mit welchem die pflichten hinsichtlich der Veröffentlichungen und Transparenz der öffentlichen Verwaltungen neu geregelt wurde.

Da die Materien in die Zuständigkeit der Region fällt, hat diese mit R.G. Nr.10 vom 29. Oktober 2014, mit dem Titel: "Bestimmungen auf dem Sachgebiet des Rechtes auf Bürgerzugang, der Bekanntmachung, Transparenz und Verbreitung von Informationen seitens der Region und der Körperschaften, für deren Ordnung die Region zuständig ist", den Sachbereich geregelt, was mit den vorgesehenen Fristen, und zwar dem 29. April 2015 umgesetzt wurde.

In der Folge hat das Sachgebiet durch den nationalen Gesetzgeber mit GvD 97/2016, aufgrund des Ermächtigungsgesetzes Nr. 124/2015 betreffend die Reform der öffentlichen Verwaltung (sog. Mafia-Gesetz) eine signifikante Überarbeitung erfahren.

Zwecks Anpassung an die nationalen Bestimmungen hat die Autonome Region Trentino-Südtirol das neue Regionalgesetz Nr. 16/2016 zum Thema Transparenz erlassen.

Das Befüllen der Inhalte auf dem Menüpunkt "Transparente Verwaltung" wird unter Berücksichtigung der bescheidenen Größe der Gemeinde von den n der Anlage 2 angeführten Mitarbeiter unter Supervision der Transparenzverantwortlichen vorgenommen.

10.2. Zugangsrecht

Das Zugangsrecht wird unter Berücksichtigung der organisatorischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem derzeitigen sanitären Notstand und der zeitweiligen Aussetzung laut GD Nr. 18/2020 gewährt. Es werden auf jeden Fall notwendige und unaufschiebbare Anträge behandelt.

10.3. *Transparenz in der Verwaltung und Organisation des Personals*

Der Gemeindesekretär trägt in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter des Personals Sorge für eine transparente Verwaltung und Organisation frei von persönlichen Einflüssen und unklaren Situationen. Ein breiter Austausch von Informationen und Kenntnissen sowie Rückverfolgbarkeit sind unerlässlich für die Teamarbeit zur Erreichung der öffentlichen Ziele in einer bescheidenen Dimension wie jener unserer Gemeinde. In diesem Sinne soll dieser Transparenzgedanke auch bei der Überarbeitung des Verhaltenskodex der Gemeinde Niederschlag finden.

10.4. *Schutz des internen und externen Meldenden (whistle blower)*

Besondere Aufmerksamkeit wird von der Antikorruptionsverantwortliche in Beachtung des Gesetzes Nr. 179/2016 und der Richtlinien von ANAC den Personen gewidmet, die aufgrund ihrer Arbeit oder Beziehung zur Körperschaft Meldungen im Sinne des Art. 54-bis, des GvD Nr. 165/2001 (sog. whistleblowing), betreffend Straftaten oder Unregelmäßigkeiten machen

- Schutz des Meldenden
- Sicherheit in Bezug auf die durchzuführenden Untersuchungen
- Beteiligung des Meldenden am Verfahren nur mit ausdrücklicher Einwilligung desselben
- Schutz vor Diskriminierungen des meldenden, auch im Zusammenhang mit Meldungen an ANAC oder Anzeigen bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit oder dem Rechnungshof
- Entzug des Zugangsrechtes zur Meldung ex L. 241/1990/L.P. n. 17/1993.

Um zu garantieren, dass die im Gesetz Nr. 190, Art. 1, Absatz 51 und Gesetz Nr. 179/2016 vorgesehenen internen Abläufe zur Meldung, eingehalten werden, hat die Gemeinde eine eigene E-Mail-Adresse angelegt anticorruzione@altrei.eu ausschließlich für die genannten Meldungen geschaffen. Diese wurde auf der Homepage unter: Transparente Verwaltung/Sonstige Inhalte/Korruption veröffentlicht und den Mitarbeitern durch Mitteilung am 30.01.2019 zur Kenntnis gebracht. Die E-Mail Adresse mit der Bezeichnung „Anticorruzione“ wird einen einzigen Empfänger, nämlich die Gemeindesekretärin/AKV haben und ist nicht über andere Kanäle zugänglich. Der AKV wird dann im Falle einer Meldung die notwendigen internen Überprüfungen durchführen, welchen dann eventuell mit Unterstützung des Personalamtes ein Disziplinarverfahren folgen kann. Im Rahmen des Disziplinarverfahrens kann die Identität des Meldenden nur im Falle eines ausdrücklichen Einverständnis des Meldenden dem Disziplinarorgan bzw. dem Beschuldigten bekanntgegeben werden.

Die Verwaltung berücksichtigt auch die anonymen Anzeigen, falls die besonderen Umstände diese für begründet erscheinen lassen.

Auf jeden Fall wird das Personal darüber informiert, dass es die Möglichkeit hat, direkt Meldungen an die ANAC, und zwar an die eigens im Sinne des Art. 1, Abs. 51 G. Nr. 190/2012 und Art. 19, Abs. 5 des G. Nr. 114/2014 eingerichteten E-Mail Adresse

whistleblowing@anticorruzione.it

zu übermitteln.

Der Schutz in voller Anwendung des Gesetzes nr. 179 vom 30.11.2017 betreffend den Schutz jener, die Straftaten oder Unregelmäßigkeiten melden, über die sie im Rahmen eines öffentlichen oder privaten Arbeitsverhältnisses in Kenntnis gelangt sind, mit besonderer Berücksichtigung des Schutzes der meldenden Mitarbeiter von Firmen und Lieferanten wird überdies durch einen geeigneten Hinweis bei Auftragschreiben sowie durch die Einführung eines Protokolls zum Schutz des Meldenden (Anhang A), welches zusammen mit diesem Plan genehmigt wird.

Auch werden zweisprachige Vordrucke bereitgestellt (Anhang B)

Protokoll und Modell sind auf der Internetseite der Gemeinde, im Menüpunkt Transparente Verwaltung – andere Inhalte – Korruptionsvorbeugung einsehbar.

11.3 Disziplinarverfahren

Es ist Aufgabe des Gemeindesekretärs in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter des Personals für die Maßnahmen zu sorgen, damit das Verfahren für die Disziplinarhaftung der Mitarbeiter im Falle von Verletzung der Verhaltenspflichten, einschließlich der Pflicht, sich an die Vorschriften des Korruptionsvorbeugungsplanes zu halten.

11.4 Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit von Aufträgen

Es werden Maßnahmen zwecks Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen betreffend Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit von Aufträgen (wovon in den Absätzen 49 und 50 des Gesetzes Nr. 190/2012), auch nach Ausscheiden vom Dienst oder Beendigung des Auftrages (s. GvD Nr. 39/2013) eingeführt.

Insbesondere wird bezüglich der Auftragsvergabe Folgendes gewährleistet:

- 1) Die vorherige Prüfung der Erklärung des zu Beauftragenden betreffend Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit
- 2) Die nachfolgende Prüfung innerhalb eines angemessenen Zeitraumes
- 3) Den Zuschlag des Auftrages erst nach positiver Prüfung des Fehlens von Hindernisgründen
- 4) Die gleichzeitige Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Sinne von Art. 14 des GvD Nr. 33/2013, e und der Erklärung des Fehlens von Gründen der Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit im Sinne von Art. 20, Abs. 3, des GvD Nr. 39/2013.

11.5. Genehmigung von nicht institutionellen Tätigkeiten

Es ist die Einführung von Maßnahmen zur Überprüfung der Umsetzung der geltenden Bestimmungen zur **Erteilung von externen Aufträgen** gemäß Art. 1, Absatz 42 des Gesetzes Nr. 190/2012 auch unter Berücksichtigung der von einer technischen Arbeitsgruppe ausgearbeiteten „Allgemeinen Kriterien im Bereich der den Bediensteten verbotenen Aufträge“ und der entsprechenden Richtlinien der Region Trentino Südtirol laut Rundschreiben Nr. 3/EL vom 14. August 2014 vorgesehen. Zu diesem Punkt wird man mittels Rundschreiben an das Personal, Ethik-Fortbildung und counselling seitens des Gemeindesekretärs nachhaken.

11.6. Kenntnisnahme

Es wird die Kenntnisnahme des Korruptionsvorbeugungsplanes seitens neu angestellter Mitarbeiter sowie mit periodischer Fälligkeit der im Dienst stehenden Mitarbeiter vorgesehen, die auch das Thema Drehtüreffekt einbeziehen - für neue Beschäftigte unmittelbar bei deren Einstellung und für das Personal im Dienst in regelmäßigen Zeitabständen.

11.7. Vertragseinschränkungen nach Auflösung des Arbeitsvertrages von öffentlichen Körperschaften (sog. Pantouflage)

Bei jeder Vergabe wird zwecks Einhaltung der Vorschriften beim gesetzlichen Vertreter des Zuschlagsempfängers die Erklärung verlangt, ob dieser unter seinen Mitarbeitern einen im vorhergehenden Dreijahreszeitraum ehemaligen öffentlichen Angestellten hat.

Wo man in Erfahrung bringt, dass Aufträge aufgrund jedweden Titels an ehemalige Bedienstete erteilt wurden, wird der Gemeindesekretär als Antikorruptionsverantwortlicher für die Einleitung der vom Gesetz vorgesehenen Schritte sorgen.

11.8. Kontrolle über die beteiligten und kontrollierten Gesellschaften

Der Gemeindesekretär Antikorruptionsverantwortlicher wird regelmäßig überprüfen ob die kontrollierten Betriebe mit Beteiligung der Gemeinde oder unter deren Kontrolle das im GvD Nr. 231/2001 vorgeschriebene Organisationsmodell soweit vereinbar mit den Vorgaben dieses Planes erweitert haben.

Insbesondere wird die Gemeinde regelmäßig fordern,

- dass das Organisationsmodell 231 ergänzt mit den Bestimmungen betreffend die Korruptionsvorbeugung, der Transparenz und des Zugangsrechtes angewandt wird;
- die Ernennung eines Antikorruptionsverantwortlichen;
- das Ergreifen von Maßnahmen zum Schutz der internen und externen Meldenden;
- das Abgrenzen der Tätigkeiten von öffentlichem Interesse, gegebenenfalls auch mit Änderung der Gesellschaftssatzungen;
- Ausarbeitung eines Kontrollsystems im Sinne von Art. 189 des R.G. Nr. 2/2018, welches die Gebarungsziele der beteiligten Gesellschaften (jene bei welchen die öffentliche Hand 20% oder mehr als 20% der Anteile hält) im Vorhinein durch qualitative und quantitative Parameter definiert und ein geeignetes Informationssystem aufbaut mit dem Ziel die finanziellen Beziehungen zwischen der Eigentümerkörperschaft und der Gesellschaft, die finanzielle Lage, Verwaltung und Organisation, die Dienstleistungsverträge und die Einhaltung der Einschränkungen der öffentlichen Buchhaltung, zu erfassen.

Über diese Aspekte wird die Gemeinde ein periodisches Monitoring durchführen, um die Entwicklung der beteiligten Gesellschaft zu beobachten und eventuelle Abweichungen im Verhältnis zu den zugeteilten Zielen zu prüfen und geeignete Korrekturmaßnahmen ergreifen zu können.

Über diese Kontrollen wird in eigener Sektion in der Sektion Transparente Verwaltung Bescheid gegeben.

11.9 Einhaltung der Landesgesetzgebung, der staatlichen und europäischen Bestimmungen zur Auswahl des Vertragspartners

Es liegen keine kritischen Ereignisse vor, sodass sich die Verwaltung auf die Einhaltung der Detailregelungen und die Richtlinien von ANAC konzentriert, auch durch Nutzung der Landesagentur für Vergaben und der Instrumente für elektronische Auftragsvergabe auf Landesebene und auf Staatsebene. Daher wurde bereits mit dem Antikorruptionsplan 2017-2019 begonnen, die Risikomappe von der Vielzahl an Folgemaßnahmen wie im staatlichen Antikorruptionsplan von 2015 empfohlen, zu entschlacken, da unrealistisch und für die Operativität der Gemeinden mehr Behinderung als Beitrag zur Reinigung des öffentlichen Handelns.

11.10 Inanspruchnahme des Schiedsgerichtes

Es wird nicht für sinnvoll erachtet, darauf zurückzugreifen.

11.11 Legalitätsprotokoll/Integritätspakt

Es wird der Legalitätspakt des Landes angewandt, damit alle Subjekte (private und öffentliche) mittels eines Konsensverfahrens bereits seit Beginn des Vergabeverfahrens sich loyal mit eventuellen kriminellen Infiltrationen auseinandersetzen können.

12. Anhörung und Dialog mit dem Territorium

Wie vom nationalen Antikorruptionsplanes 2019 empfohlen und in Beachtung der Protokolle im Zusammenhang mit dem sanitären Notstand sind die stakeholders (Interessenträger) eingeladen, während der Veröffentlichungszeit dieses Planes auf der Internetseite der Gemeinde Altrei ihre Bemerkungen einzubringen.

Zu diesem Zwecke wird der AKP im Entwurf für mindestens 10 Tage auf der institutionellen Webseite der Gemeinde veröffentlicht, damit die Träger von Interessen Bemerkungen einbringen können, die in den Plan eingearbeitet werden.

13. Kontrollsystem und Sicherungsmaßnahmen

In der Folge werden, unterteilt nach Diensten, die Arbeitsblätter mit den Sicherungsmaßnahmen und den vorgesehenen Kontrollen angeführt, die für alle Arbeitsabläufe, mit "mittlerem" und "hohem" Risikoindex gelten sowie auch für jene Arbeitsabläufe, für die trotz "niedrigem" Risikoindex eine Berücksichtigung im Plan und die Ausarbeitung von präventiven Kontrollmaßnahmen angemessen schien. Es wurden insgesamt **22 Maßnahmen** im Plan eingefügt (2 Bauamt, 1 Lizenzamt, 2 Sekretariat/Öffentliche Arbeiten, 1 Instandhaltung Immobilien, 1 Güter- und Dienstleistungserwerb, 1 demografische Dienste, 1 Friedhofsdienste, 1 Finanzdienste, 4 Übergreifend, 1 Abgaben- und Vermögenseinkünfte, 3 Personal, 1 Auftragserteilung, 1 Meldeamt, 2 Generalsekretariat). Es wurden insgesamt 30 Risiken ausgemacht, wobei jeweils mindestens eine Maßnahme geplant bzw. bereits im Laufen ist. Es wurden insgesamt 90 Maßnahmen geplant oder formalisiert.

Für jede Maßnahme – auch für bereits vorhandene Maßnahmen – wurde der Umsetzungsverantwortliche angeführt (der im gesamtstaatlichen Antikorruptionsplan als "Risikoträger" bezeichnet wird) und für Maßnahmen, deren Durchführung bereits geplant ist, wurden die erforderlichen Realisierungszeiten - wo erforderlich auch mit Anmerkung - angegeben.

Der Einsatz eines einzigen Formats gewährleistet die Einheitlichkeit und Verständlichkeit des Dokuments.

14. DIGITALE TRANSITION

Die vom Gesetzgeber stark gewünschte digitale Transition mit den daraus resultierenden Maßnahmen zur Digitalisierung trägt zur Implementierung der Transparenz im Allgemeinen und zur Klarheit im System der Korruptionsvorbeugung bei.

Eine grundlegende Rolle spielt dabei das digitale Protokoll, in welchem alle eingegangenen Akte sowie Beschlüsse und Entscheide digital hinterlegt sind und wo jederzeit festgestellt werden kann, wer der Verantwortliche des Verfahrens ist sowie der Stand des Verfahrens überprüft werden kann. Weiter bedient sich die Gemeinde Altrei für die Vergabeverfahren

der Plattform der AOV der Autonomen Provinz Bozen, womit die Integrität der gesamten Dokumentation garantiert und jede Operation nachvollzogen werden kann.

Bezüglich der Einhebung der Gemeindegebühren werden elektronische Plattformen genutzt, welche eine sehr gute Kontrolle der Zahlungen ermöglichen. Für die Bezahlung der Gemeindeimmobiliensteuer versendet die Gemeinde den Bürgern vorab ausgefüllte Zahlungsvordrucke.

Es ist vorgesehen, die Digitalisierung in den nächsten Jahren weiter fortzuführen, indem auch spezifischen Projekte durchgeführt werden.

15. AKTUALISIERUNG DES KORRUPTIONSVORBEUGUNGSPLANES

15.1 Fortschreibungsmodalitäten

Unbeschadet der erforderlichen Anpassungen und Angleichungen an den zu genehmigenden gesamtstaatlichen Antikorruptionsplan wird dieses Planungsdokument - genauso wie das Dreijahresprogramm für Transparenz und Integrität - den Planungsinstrumenten der Verwaltung zugeordnet. Die Fortschreibungsmodalitäten sind folglich dieselben, die für diese Instrumente gelten, wobei der Stand der Zielerreichung anhand der vorgesehenen Indikatoren bei der Fortschreibung zu berücksichtigen ist.

Für das Jahr 2021 hat der Gemeindesekretär an zwei workshops abgehalten vom Südtiroler Gemeindenverband teilgenommen, mit dem Ziel die Verfassung des gegenständlichen Dokumentes zu erleichtern durch Austausch in Bezug auf Anwendungsprobleme der Gemeinden ähnlicher Dimension wie jene der Gemeinde Altrei.

15.2 Fälligkeit für die Aktualisierung

Die Inhalte des gegenständlichen Planes sowie die Inhalte, die Priorisierung der Maßnahmen, das Verzeichnis und die Abwägung der Risiken gehen aus der Aktualisierung des Planes 2019-2021 (bestätigt mit Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 31 vom 29.01.2020) hervor und werden auch künftig jährlich aktualisiert oder im Bedarfsfalle auch im Laufe des Jahres, so auch in Bezug auf etwaige Anpassungen an gesetzliche Bestimmungen oder an Reorganisationsprozesse.

16. GESETZESANHANG

In der Folge werden die wichtigsten Rechtsquellen zu Transparenz und Integrität angeführt.

- Gesetz Nr. 179 vom 30.11.2017 Bestimmungen über whistle blower
- Gesetz Nr. 96 vom 21.06.2017, Art. 52 ter und 52 quater
- Gesetz Nr. 124 vom 07.08.2015 Reorganisation der öffentlichen Verwaltungen
- Gesetz Nr. 114 vom 11.08.2014 – Umwandlung des Gesetzesdekrets Nr. 90 vom 24.06.2014 bezüglich des Art. 19 und Art. 32
- Gesetz Nr. 125 vom 30.10.2013, Art. 5 Maßnahmen betreffend die Rationalisierung der öffentlichen Ausgaben
- Gesetz Nr. 213 vom 07.12.2012 – Dringlichkeitsbestimmungen zu Finanzen und Funktionsweise der Gebietskörperschaften und Bestimmungen zugunsten der vom Erdbeben vom Mai 2012 betroffenen Gebiete.
- Gesetz Nr. 190 vom 06.11.2012 – Bestimmungen zur Vermeidung und Bekämpfung von Korruption und Illegalität in der öffentlichen Verwaltung.
- Gesetze Nr. 110 vom 28.06.2012 und Nr. 112 vom 28.06.2012, zur Ratifizierung von zwei, 1999 in Straßburg unterzeichneten Konventionen des Europarats.
- Gesetz Nr. 180 vom 11.11.2011 – Bestimmungen zum Schutz der Unternehmensfreiheit. Die Unternehmenssatzung.
- Gesetz Nr. 106 vom 12.07.2011 – Umwandlung des Gesetzesdekrets Nr. 70 vom 13. Mai 2011 mit Abänderungen, betreffend das Europäische Halbjahr – erste Dringlichkeitsbestimmungen für die Wirtschaft .
- Gesetz Nr. 116 vom 03.08.2009 - Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption vom 31. Oktober 2003.
- Gesetz Nr. 69 vom 18.06.2009 – Bestimmungen zur Wirtschaftsentwicklung, Vereinfachung und Wettbewerbsfähigkeit sowie Bestimmungen zum Zivilprozess.
- Regionalgesetz (Region Trentino-Südtirol) Nr. 2 vom 03.05.2018 Kodex der örtlichen Körperschaften
- Regionalgesetz (Region Trentino-Südtirol) Nr. 16 vom 15.12.2016.
- Regionalgesetz (Region Trentino-Südtirol) Nr. 10 vom 29.10.2014.
- Regionalgesetz (Region Trentino-Südtirol) Nr. 8 vom 13.12.2012, abgeändert durch Regionalgesetz Nr. 1 vom 05.02.2013 und Regionalgesetz Nr.3 vom 02.05.2013, zu Transparenz und Integrität (siehe Rundschreiben Nr. 3/EL/2013/BZ/ vom 15.05.2013).
- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 101 vom 10.08.2018 "Bestimmungen betreffend Datenschutz, Anpassung an die EU-Verordnung Nr. 2016/679

- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 97 vom 25.05.2016 – Revision und Erleichterung der Bestimmungen über Korruptionsprävention, Veröffentlichungspflichten und Transparenz.
- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 39 vom 14.03.2013 – Neuregelung der Bestimmungen über Veröffentlichungspflichten, Transparenz und Verbreitung von Informationen vonseiten der öffentlichen Verwaltungen .
- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 33 vom 14.03.2013 – Bestimmungen über die Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit von Aufträgen in den öffentlichen Verwaltungen und den kontrollierten Körperschaften des Privatrechts gemäß Artikel 1, Absatz 49 und 50 des Gesetzes Nr. 190 vom 6. November 2012 .
- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 150 vom 27.10.2009 – Umsetzung von Gesetz Nr. 15 vom 4. März 2009 zur Optimierung der Arbeitsproduktivität, Effizienz und Transparenz in den öffentlichen Verwaltungen .
- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 82 vom 07.03.2005 in geltender Fassung – Kodex der digitalen Verwaltung .
- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 196 vom 30.06.2003 – Datenschutzkodex .
- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 165 vom 30.03.2001 – Allgemeine Bestimmungen zum Dienstrecht bei den öffentlichen Verwaltungen.
- Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 62 vom 16.04.2013 - Verordnung betreffend den Verhaltenskodex der öffentlichen Bediensteten gemäß Art. 54 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 165 vom 30. März 2001 .
- Dekret des Präsidenten der Republik 07.04.2000 Nr. 118 – Verordnung betreffend Bestimmungen zur Verfahrensvereinfachung für die Verzeichnisse der Empfänger von finanziellen Vergünstigungen .
- Ethikkodex für das öffentliche Verwaltungswesen vom 28.11.2000.
- Ethikkodex für die Verwalter der örtlichen Körperschaften – Charta von Pisa .
- Landesgesetz Nr. 16 vom 10. August 1995: Artikel 15 e 17 – Allgemeine Grundsätze.
- Landesgesetz Nr. 17 vom 22.10.1993 betreffend die Regelung des Verwaltungsverfahrens
- Beschluss der Landesregierung Nr. 4817 vom 7. Oktober 1996 - Dienstplichten und Verhaltensregeln für das Personal der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol.
- Bereichsübergreifender Kollektivvertrag vom 12. Februar 2008, Artikel 57 bis 70 – Disziplinarstrafen und Disziplinarverfahren.
- UN-Konvention gegen die Korruption, genehmigt mit Beschluss der Generalversammlung Nr. 58/4, vom 31.10.2003, vom italienischen Staat am 09.12.2003 unterzeichnet und mit Gesetz Nr. 116 vom 03.08.2009 ratifiziert
- Übereinkommen zwischen Regierung und örtlichen Körperschaften im Rahmen der vereinigten Konferenz vom 24.07.2013 zur Umsetzung des Gesetzes Nr. 190 vom 06.11.2012 (Art. 1, Abs. 60 und 61).
- Gesamtstaatlicher Antikorruptionsplan, gemäß Gesetz Nr. 190 vom 06.11.2012 von der Abteilung für das öffentliche Verwaltungswesen erstellt und von der CIVIT am 11.09.2013 genehmigt.

- Rundschreiben Nr. 1 vom 25.01.2013 und Nr. 2 vom 29.07.2013 des Präsidiums des Ministerrates – Abteilung für das öffentliche Verwaltungswesen.
- Leitlinien des interministeriellen Komitees (Dekret des Ministerratspräsidenten vom 16.01.2013) für die Erstellung des gesamtstaatlichen Antikorruptionsplans seitens der Abteilung für das öffentliche Verwaltungswesen laut Gesetz Nr. 190 vom 06.11.2012.
- Dekret des Ministerratspräsidenten vom 18.04.2013 betreffend die Modalitäten zur Einführung und Aktualisierung der Verzeichnisse der Lieferanten, Dienstleister und Ausführenden, die nicht Unterwanderungsversuchen der organisierten Kriminalität ausgesetzt sind, gemäß Artikel 1, Absatz 52, des Gesetzes Nr. 190 vom 06.11.2012.
- Beschluss der Antikorruptionsbehörde ANAC Nr. 1074/2018 - Definitive Genehmigung der Aktualisierung 2018 an den nationalen Antikorruptionsplan 2016
- Beschluss der Antikorruptionsbehörde ANAC Nr. 831/2016 – Definitive Genehmigung des nationalen Antikorruptionsplanes 2016
- Entscheid der Antikorruptionsbehörde ANAC Nr. 12/2015 – Aktualisierung des nationalen Antikorruptionsplanes 2015
- Beschluss der Antikorruptionsbehörde CIVIT Nr. 72/2013 zur Genehmigung des von der Abteilung für das öffentliche Verwaltungswesen erstellten gesamtstaatlichen Antikorruptionsplans.
- Beschluss der Antikorruptionsbehörde CIVIT Nr. 15/2013 über die Zuständigkeit für die Ernennung des Antikorruptionsbeauftragten der Gemeinden.
- Beschluss der Antikorruptionsbehörde CIVIT Nr. 2/2012 – Leitlinien für eine Verbesserung bei der Erstellung und Fortschreibung des Dreijahresprogramms für Transparenz und Integrität .
- Beschluss der Antikorruptionsbehörde CIVIT Nr. 105/2010 Leitlinien für die Erstellung des Dreijahresprogramms für Transparenz und Integrität, Art. 13, Abs. 6, Buchstabe e des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 150 vom 27. Oktober 2009

Anlage 1 - VERHALTENSKODEX

Anlage 2 - TRANSPARENZBAUM

Anlage 3 – RISIKOKATALOG

Anlage 4 – COVID Protokoll

Anmerkung

Die in diesem Text verwendete männliche Form gilt für Personen beiderlei Geschlechts. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, beide Formen zu verwenden.



**ALLEGATO AL PIANO INDEGRATO DI ATTIVITÀ ED ORGANIZZAZIONE
(PIAO)
DEL COMUNE DI ANTERIVO**

**PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA
CORRUZIONE E DELLA TRASPARENZA
(2021-2023)**

in applicazione della L. 190/2012

approvato con Delibera Giunta Comunale n. 81 del 31/03/2021

Elenco cronologico delibere di approvazione.

1. PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE (2014-2016)
Delibera Giunta comunale n. 19/A/2014 del 06.02.2014
2. PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE (2015-2017)
Delibera Giunta comunale n. 19/A/2015 del 29.01.2015
3. PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE (2016-2018)
Delibera Giunta comunale n. 25/A/2016 del 27.01.2016
4. PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE (2017-2019)
Delibera Giunta comunale n. 20/A/2017 del 26.01.2017
5. PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE E DELLA TRASPARENZA (2018-2020)
Delibera Giunta comunale n. 19/A/2018 del 31.01.2018
6. PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE E DELLA TRASPARENZA (2018-2020)
Delibera Giunta comunale n. 29/A/2019 del 30.01.2019
7. CONFERMA DEL PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE E DELLA TRASPARENZA (2019-2021)
Delibera Giunta comunale n. 31/A/2020 del 29.01.2020
8. CONFERMA DEL PIANO TRIENNALE DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE E DELLA TRASPARENZA (2021-2023) Delibera Giunta comunale n. 97/A/2022 del .20.04.2022

SOMMARIO

1. PREMESSA.....	4
2. IL CONTESTO ESTERNO.....	6
3. IL CONTESTO INTERNO.....	13
4. LA STRUTTURA ORGANIZZATIVA DEL COMUNE DI ANTERIVO.....	15
4.1 IL RESPONSABILE DELLA PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE E DELLA TRASPARENZA.....	16
4.2 IL RESPONSABILE PROTEZIONE DEI DATI (DPO).....	16
4.3 IL R.A.S.A.....	17
5. IL SUPPORTO DEL CONSORZIO DEI COMUNI DELLA PROVINCIA DI BOLZANO.....	17
6. I REFERENTI.....	17
7. PRINCIPIO DI DELEGA – OBBLIGO DI COLLABORAZIONE - CORRESPONSABILITÀ.	18
8. L’APPROCCIO METODOLOGICO ADOTTATO PER LA COSTRUZIONE DEL PIANO.....	18
8.1 FINALITÀ.....	18
8.2 METODOLOGIA.....	19
9. IL PERCORSO DI COSTRUZIONE ED AGGIORNAMENTO DEL PIANO.....	19
9.1 GLI ASPETTI PRESI IN CONSIDERAZIONE.....	20
9.2 SENSIBILIZZAZIONE DEI RESPONSABILI DI SERVIZIO E CONDIVISIONE DELL’APPROCCIO.....	21
9.3 INDIVIDUAZIONE DEI PROCESSI PIÙ A RISCHIO E DEI POSSIBILI RISCHI (“MAPPA/REGISTRO DEI PROCESSI A RISCHIO”).....	22
9.4 ANALISI DEL RISCHIO/CRITERI PER LA DEFINIZIONE DEL LIVELLO DI RISCHIO.....	22
9.5 PROPOSTA DELLE AZIONI PREVENTIVE E DEI CONTROLLI DA METTERE IN ATTO.....	24
9.6 STESURA E APPROVAZIONE DEL PIANO DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE E DELLA TRASPARENZA.....	25
9.7 FORMAZIONE A TUTTI GLI OPERATORI INTERESSATI DALLE AZIONI DEL PIANO.....	25
10. SEZIONE TRASPARENZA.....	25
10.1 AMMINISTRAZIONE TRASPARENTE.....	25
10.2 DIRITTO DI ACCESSO.....	26

10.3 TRASPARENZA NELLA GESTIONE DEL PERSONALE E DELL'ORGANIZZAZIONE.....	27
10.4 TUTELA DEL SEGNALANTE INTERNO ED ESTERNO (WHISTLE BLOWER).....	27
11. MISURE ORGANIZZATIVE DI CARATTERE GENERALE.....	29
11.1 ROTAZIONE.....	29
11.2 CODICE DI COMPORTAMENTO.....	29
11.3 PROCEDIMENTI DISCIPLINARI.....	30
11.4 INCONFERIBILITÀ E INCOMPATIBILITÀ DEGLI INCARICHI.....	30
11.5 AUTORIZZABILITÀ ATTIVITÀ EXTRAISTITUZIONALI.....	30
11.6 PRESA D'ATTO.....	30
11.7 PRESIDIO DELLE LIMITAZIONI CONTRATTUALI DOPO LA CESSAZIONE DEL RAPPORTO DI LAVORO CON ENTI PUBBLICI (CD. PANTOUFLAGE).....	31
11.8 CONTROLLO SULLE AZIENDE PARTECIPATE E CONTROLLATE.....	31
11.9 GESTIONE DEL RISCHIO NELLE PROCEDURE DI SCELTA DEL CONTRAENTE.....	31
11.10 RICORSO AD ARBITRATO.....	32
11.11 PROTOCOLLO DI LEGALITÀ/PATTO DI INTEGRITÀ.....	32
12. ASCOLTO E DIALOGO CON IL TERRITORIO.....	33
13. IL SISTEMA DEI CONTROLLI E DELLE AZIONI PREVENTIVE PREVISTE.....	33
14. TRANSIZIONE DIGITALE.....	33
15. AGGIORNAMENTO DEL PIANO DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE.....	34
15.1 MODALITÀ DI AGGIORNAMENTO.....	34
15.2 CADENZA TEMPORALE DI AGGIORNAMENTO.....	34
2732. APPENDICE NORMATIVA.....	34

1. PREMESSA

I temi dell'integrità dei comportamenti e della trasparenza delle pubbliche amministrazioni mantengono una fondamentale importanza, in quanto presupposti per un corretto utilizzo delle risorse pubbliche e per l'esercizio, in materia, di un adeguato controllo da parte dei cittadini. Con l'approvazione della legge 6 novembre 2012, n. 190 – la cosiddetta legge anticorruzione – il Legislatore italiano ha accolto le sollecitazioni provenienti dalla comunità internazionale ed ha dato un segnale forte della volontà del sistema pubblico italiano di combattere con razionalità e rigore i fenomeni corruttivi purtroppo assai diffusi, prescrivendo l'adozione, da parte delle pubbliche amministrazioni nazionali e locali, di apposite misure di prevenzione e repressione dei comportamenti illeciti o comunque scorretti.

Il presente Piano per la prevenzione della corruzione e per la trasparenza si pone quale strumento di programmazione, attuazione e verifica delle azioni che il Comune vuole porre in essere per tutelare – anche tramite la razionalizzazione delle attività amministrative di competenza – la legittimità, l'integrità e la trasparenza dell'operato dei propri dipendenti e amministratori. Al fine di definire adeguate e concrete misure di prevenzione della corruzione e di trasparenza, la stesura del Piano è stata preceduta da un'analisi del contesto esterno ed interno all'amministrazione comunale.

Il presente Piano Triennale di Prevenzione della Corruzione e della Trasparenza 2021-2023, si muove in continuità rispetto ai precedenti Piani che si sono succeduti a partire dal 2014, e contiene:

- 1) l'analisi del livello di rischio delle attività svolte,
- 2) un sistema di misure, procedure e controlli tesi a prevenire situazioni lesive per la trasparenza e l'integrità delle azioni e dei comportamenti del personale, degli amministratori, dei collaboratori esterni.

Prima della formale approvazione da parte della Giunta comunale, infine, il presente Piano è sottoposto a consultazione pubblica da parte di cittadini, imprese, associazioni di categoria ed altre organizzazioni portatrici di interessi collettivi, tramite pubblicazione sul sito web comunale. Il presente Piano per la prevenzione della corruzione e per la trasparenza è reso noto a ciascun dipendente comunale ed è pubblicato nella sezione Trasparenza/altri contenuti/prevenzione della corruzione, insieme con i Piani adottati dal 2014 in poi. Il presente Piano si collega altresì con la programmazione strategica e operativa dell'amministrazione, e tiene conto dell'atto di indirizzo espresso con deliberazione della Giunta Comunale e n. 1 in data 11.01.2021, esecutiva.

Nell'elaborazione della strategia di prevenzione della corruzione per il triennio 2021-2023 si è tenuto conto di 4 fattori che influenzano le scelte dell'Ente:

- la mission istituzionale;
- la sua struttura organizzativa e l'articolazione funzionale;
- la metodologia utilizzata nello svolgimento del processo di gestione del rischio;
- le modalità semestrali di effettuazione del monitoraggio.

Come nelle precedenti edizioni, il PTPCT si articola in tre parti: la prima dedicata alle modalità di svolgimento del processo di gestione del rischio; la seconda alla programmazione delle attività attuative delle misure di carattere generale e la terza a quelle della misura della trasparenza.

Il Piano, è corredato da una serie di allegati, volti ad illustrare nel dettaglio gli esiti del processo di gestione del rischio, e a dare conto delle novità organizzative imposte dall'emergenza sanitaria in corso, iniziata nel marzo 2020 e che si auspica abbia termine nel corso del 2021.

Con riferimento alla specificità dell'Ordinamento dei comuni nella Regione Autonoma Trentino Alto Adige, la Legge n.190/2012 ha previsto, all'art. 1 comma 60, che entro centoventi giorni dalla data di entrata in vigore della stessa, si raggiungessero intese in sede di Conferenza unificata in merito agli specifici adempimenti degli enti locali, con l'indicazione dei relativi termini, nonché degli enti pubblici e dei soggetti di diritto privato sottoposti al loro controllo, volti alla piena e sollecita attuazione delle disposizioni dalla stessa legge previste.

In particolare le previste intese avevano ad oggetto:

- a) la definizione, da parte di ciascuna amministrazione, del piano triennale di prevenzione della corruzione, a partire da quello relativo agli anni 2014-2016, e alla sua trasmissione alla regione TAA e al Dipartimento della funzione pubblica;
- b) l'adozione, da parte di ciascuna amministrazione, di norme regolamentari relative all'individuazione degli incarichi vietati ai dipendenti pubblici;
- c) l'adozione, da parte di ciascuna amministrazione, del codice di comportamento in linea con i principi sanciti dal DPR 62/2013.

Al comma 61 dell'art. 1 la Legge 190/2012 ha previsto inoltre che, attraverso intese in sede di Conferenza unificata, fossero definiti gli adempimenti, attuativi delle disposizioni dei successivi decreti emanati sulla base della stessa, da parte della Regione TAA e delle province autonome di Trento e di Bolzano e degli enti locali, nonché degli enti pubblici e dei soggetti di diritto privato sottoposti al loro controllo.

La Conferenza Unificata Stato regioni del 24/07/2013 ha sancito la prevista intesa la quale ha previsto al 31 gennaio 2014 il termine ultimo entro il quale le Amministrazioni avrebbero dovuto adottare il Piano Anticorruzione.

Con l'Intesa è stato costituito altresì un tavolo tecnico presso il Dipartimento della funzione pubblica con i rappresentanti delle regioni e degli enti locali, per stabilire i criteri sulla base dei quali individuare gli incarichi vietati ai dipendenti delle amministrazioni pubbliche, quale punto di riferimento per le regioni e gli enti locali.

A chiusura dei lavori del tavolo tecnico, avviato ad ottobre 2013, è stato formalmente approvato il documento contenente "Criteri generali in materia di incarichi vietati ai pubblici dipendenti", con l'intento di supportare le amministrazioni nell'applicazione della normativa in materia di svolgimento di incarichi da parte dei dipendenti e di orientare le scelte in sede di elaborazione dei regolamenti e degli atti di indirizzo.

Sul punto si è specificamente espressa la Regione TAA con circolare n.3/EL del 14 agosto 2014, recante prescrizioni circa l'adeguamento del regolamento organico dei Comuni ai criteri generali in materia di incarichi vietati ai pubblici dipendenti, tenendo peraltro in debito conto quanto (già) stabilito dalle leggi regionali in materia (vedi il "Codice degli enti

locali della regione autonoma Trentino-Alto Adige”¹) che dettano principi e criteri ai quali i regolamenti organici dell’Ente devono attenersi.

La Legge 190/2012 impone (art. 1 comma 5) a tutte le pubbliche amministrazioni di definire, approvare e pubblicare:

- a) Un piano di prevenzione della corruzione che fornisca una valutazione del diverso livello di esposizione degli uffici al rischio di corruzione e indichi gli interventi organizzativi volti a prevenire il medesimo rischio;
- b) Procedure appropriate per selezionare e formare i dipendenti chiamati ad operare in settori particolarmente esposti alla corruzione.

In data 12 Luglio 2013 il Ministro per la Pubblica Amministrazione e la Semplificazione ha finalmente trasmesso la proposta di Piano Nazionale Anticorruzione alla CIVIT (Commissione Indipendente per la Valutazione e l’Integrità delle amministrazioni pubbliche). La proposta, elaborata dal Dipartimento della Funzione Pubblica sulla base delle Linee di indirizzo del Comitato interministeriale per il contrasto alla corruzione, è stata approvata da CIVIT in data 11 settembre.

Il presente Piano triennale di prevenzione della corruzione 2021-2023, in relazione a tali prescrizioni, si muove in continuità rispetto ai precedenti Piani, e contiene:

- 1) l’analisi del livello di rischio delle attività svolte,
- 2) un sistema di misure, procedure e controlli tesi a prevenire situazioni lesive per la trasparenza e l’integrità delle azioni e dei comportamenti del personale.

Il presente Piano si collega altresì con la programmazione strategica e operativa dell’amministrazione, tenendo conto dell’atto di indirizzo espresso nella delibera di approvazione del documento unico di programmazione approvato con delibera n. 44 del 21.12.2020 del Consiglio Comunale e delibera di approvazione del piano operativo, approvato con delibera n. 1 dalla Giunta Comunale in data 11.01.2021.

2. IL CONTESTO ESTERNO

L’analisi del contesto esterno ha come obiettivo quello di evidenziare come le caratteristiche dell’ambiente nel quale l’Ente è chiamato ad operare, con riferimento, ad esempio, a variabili culturali, criminologiche, sociali ed economiche del territorio possano favorire il verificarsi di fenomeni corruttivi al proprio interno. A tal fine, sono stati considerati sia i fattori legati al territorio della Provincia di Bolzano, sia le relazioni e le possibili influenze esistenti con i portatori e i rappresentanti di interessi esterni.

Comprendere le dinamiche territoriali di riferimento e le principali influenze e pressioni a cui un Ente locale struttura è sottoposto consente infatti di indirizzare con maggiore efficacia e precisione la strategia di gestione del rischio.

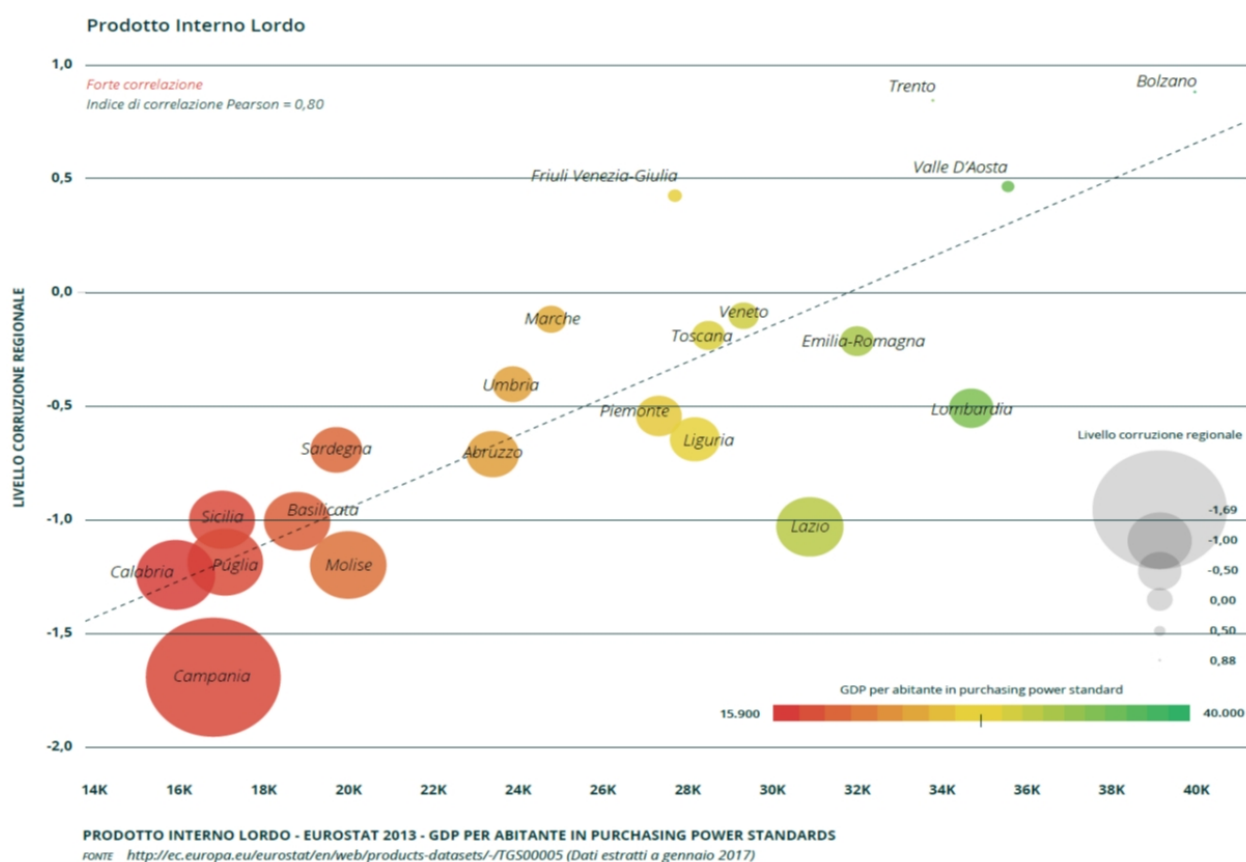
¹ Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2, con le modifiche apportate dalla legge regionale 8 agosto 2018, n. 6, dalla legge regionale 1 agosto 2019, n. 3, dalla legge regionale 16 dicembre 2019, n. 8, dalla legge regionale 23 giugno 2020, n. 1 e dalla legge regionale 27 luglio 2020, n. 3

Se il livello di corruzione percepita (CPI misurato annualmente da Transparency International) pone l'Italia agli ultimi posti in Europa, il dato risultante in TAA secondo gli standard di EQI (European Quality of Government Index), è il migliore d'Italia.

Inoltre, nella classifica europea, la provincia di Bolzano si colloca al 40° posto su 209 regioni della UE, performance in qualche modo rassicurante.

Interessante è la correlazione che viene fatta² tra la corruzione percepita (secondo CPI e EQI) e indicatori rilevanti per comprendere il contesto socioeconomico locale, quali quelli che si esaminano a seguire.

II PIL PROCAPITE



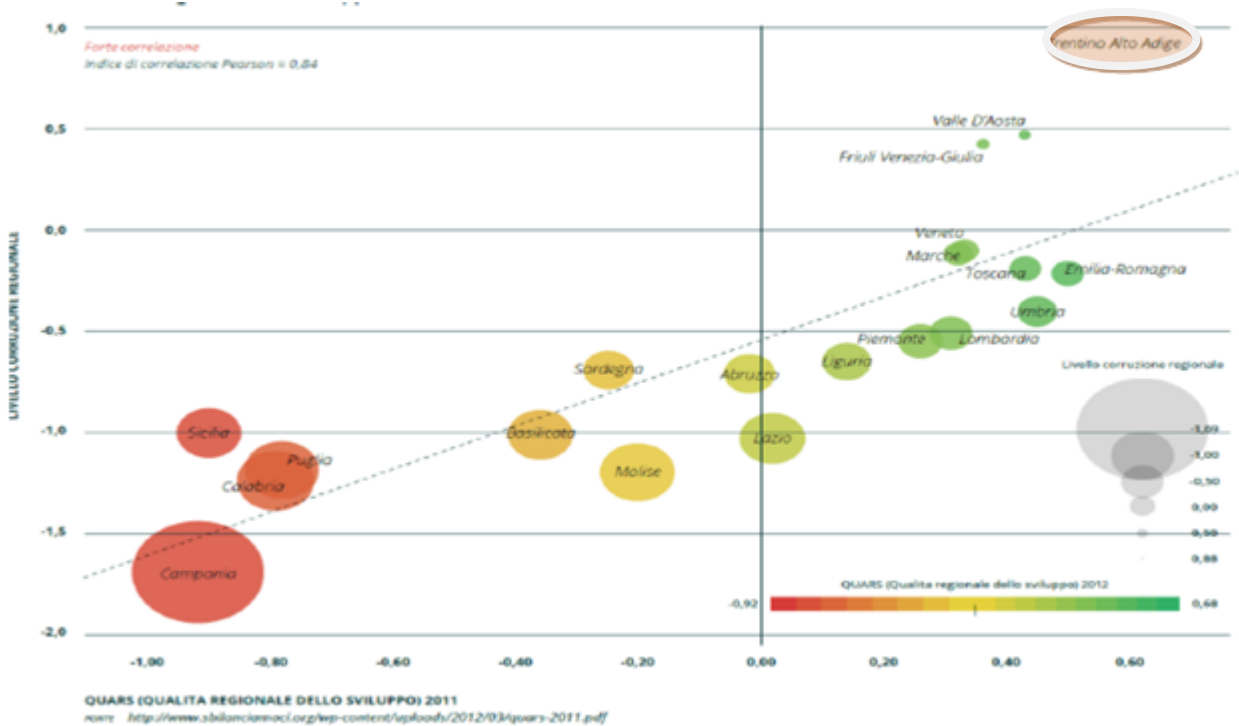
Il piano viene integrato con allegati, che spiegano in dettaglio gli esiti della gestione dei rischi e i provvedimenti organizzativi nuovi necessari per l'attuale emergenza sanitaria con inizio marzo 2020 sperando con termine nell'anno 2021.

La provincia di Bolzano vanta il prodotto interno lordo pro-capite maggiore d'Italia, direttamente proporzionale, con un indice di correlazione Pearson pari a 0,8 con l'indice di corruzione percepita.

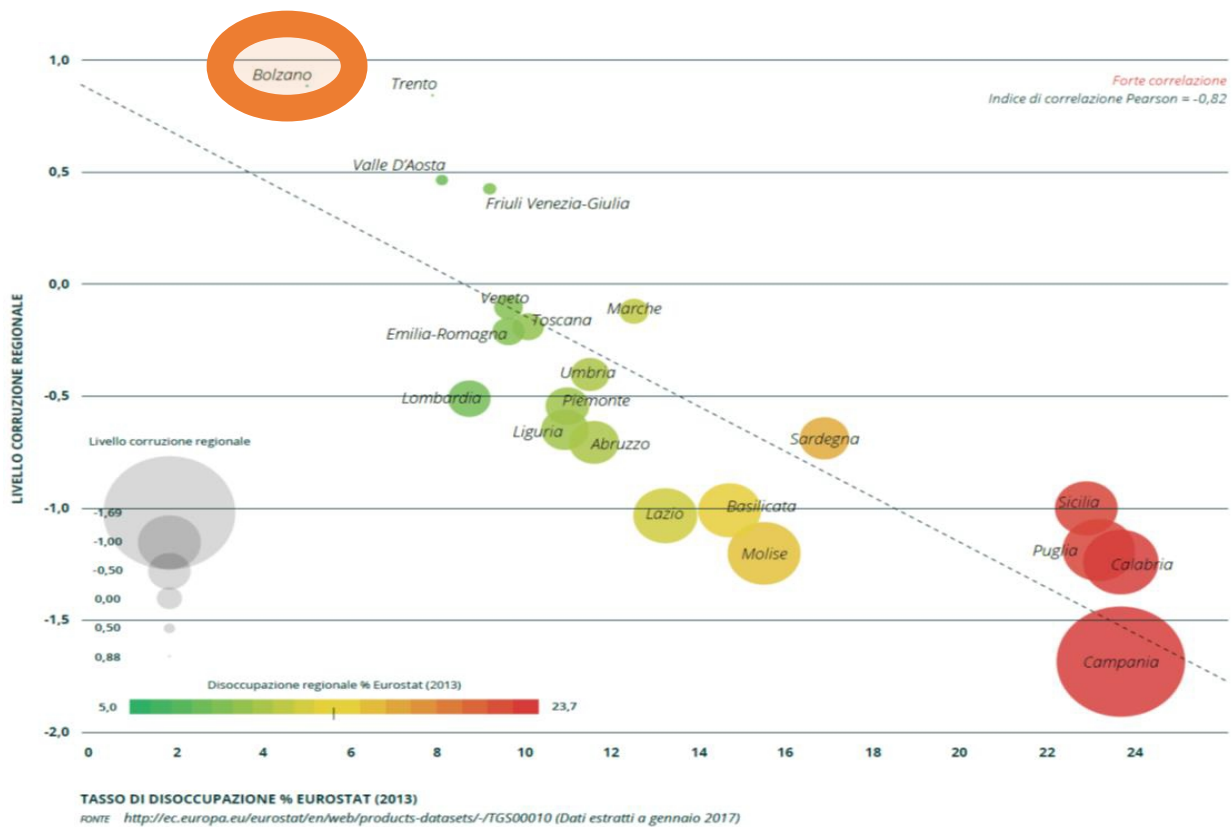
² Il Termometro della corruzione in Italia, <https://www.riparteilfuturo.it/termometro-corruzione/>

LO SVILUPPO ECONOMICO (QUARS)

Nello stesso senso va letto questo indicatore, che ci dice della buona qualità del nostro sviluppo regionale, particolarmente brillante e connesso (indice di correlazione Pearson 0,85) alla buona performance etica della Provincia di Bolzano.



LA DISOCCUPAZIONE



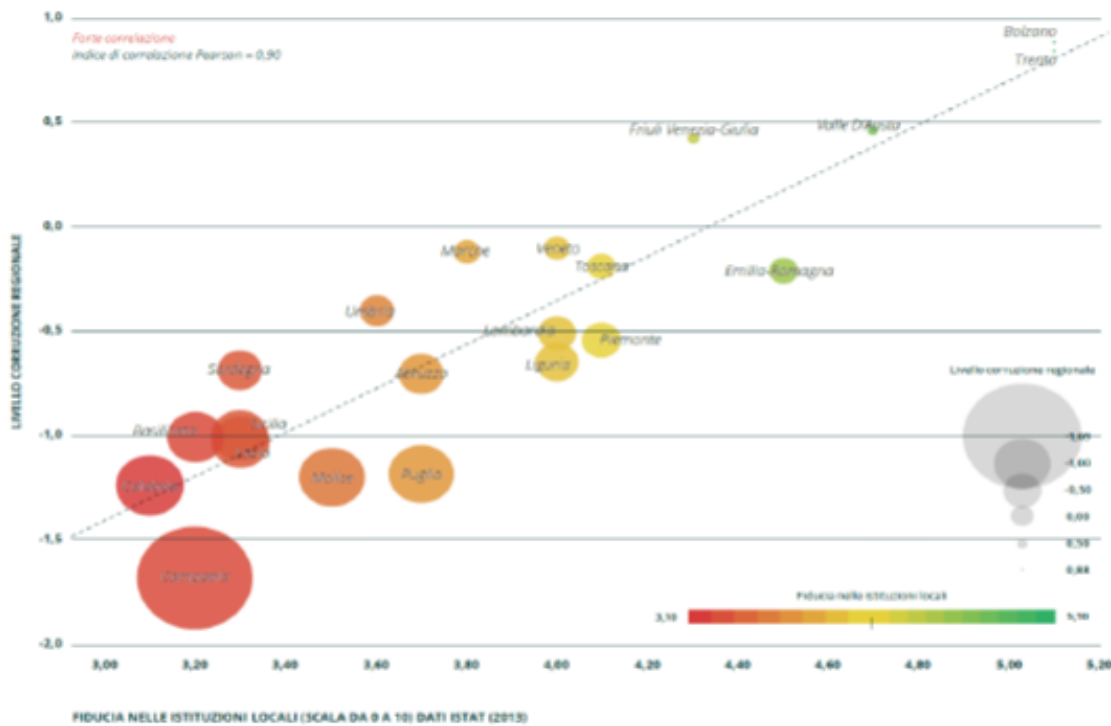
tasso di disoccupazione misurato dall'istituto di statistica europeo è di gran lunga il migliore d'Italia (secondo ASTAT risultano occupati nel terzo trimestre 2020 circa 260.000 persone, e in cerca di occupazione 9.000 persone). In questo caso l'indice di correlazione Pearson tra questo indicatore e lo ICP regionale è addirittura di 0,82, a conferma che dove è maggiore l'eticità percepita del sistema pubblico si trova un tasso di occupazione proporzionalmente più elevato.

Infine, assai significativo è l'indicatore relativo al tasso di fiducia nelle istituzioni pubbliche locali, e quindi anche negli enti locali territoriali che sono il primo interfaccia con il cittadino, che secondo l'ISTAT è massimo proprio nelle province autonome di Bolzano e di Trento, con un indice di correlazione Pearson che sale addirittura a 0,90.

Può sembrare ovvio, ma i due indicatori, uno ad opera di Trasparency International e l'altro dell'istituto di statistica nazionale (ISTAT), sono sostanzialmente concordi e omogenei nel rilevare l'eccellenza del sistema pubblico della Provincia di Bolzano.

Il Patrimonio di fiducia pubblica deve però spingere anche il nostro Comune a muoversi in modo ancor più trasparente ed etico, nella legalità e nella responsabilità per il bene comune.

LA FIDUCIA NELLE ISTITUZIONI LOCALI



T
ut
ti
i



dati sopra rappresentati lasciano intendere una correlazione estremamente positiva e virtuosa tra eticità percepita (CPI) e vari parametri di qualità della vita nella Provincia di Bolzano, a conferma della sostanziale tenuta etica del territorio.

Tutti i dati indicano uno sviluppo positivo ed esemplare e confermano il comportamento eticamente corretto nel territorio.

A ulteriore dimostrazione dell'assunto possiamo esaminare i risultati della prima indagine Istat sulla percezione della sicurezza da parte dei cittadini italiani tenutasi nel biennio 2015-2016. Risulta che in Italia ben **un milione e 700mila famiglie** hanno avuto a che fare con episodi di corruzione almeno una volta nella loro vita.

La novità dell'istituto di statistica è stata quella di affrontare il problema dal punto di vista delle famiglie, registrando quante avessero mai avuto a che fare con richieste, più o meno esplicite, di denaro, regali, favori o altro in cambio di qualche tipo di attività dovuta.

Tangenti e mazzette non sono quindi un fenomeno che riguarda solo la classe politica, se quasi l'8% delle famiglie italiane ne ha avuto a che fare e, tra questi, il 2,7% nell'ultimo triennio e l'1,2% nei soli 12 mesi precedenti l'indagine (Tav. 1a).

Va detto che i valori più piccoli possono non essere precisi perché, dalle osservazioni, emerge la possibile presenza di errori statistici significativi quando rispondono solo pochi soggetti del campione. Tuttavia, le considerazioni, proprio perché riguardano solo i fenomeni di più modeste dimensioni, restano valide nei trend generali. Per avvalorare le stime si è ritenuto di affiancare nelle tabelle seguenti, ai dati della provincia di Bolzano,

quelli della provincia di Trento, territorio confinante e con discreta affinità sociale ed economica.

Le medie nazionali sono un segnale preoccupante, ma conforta la buona performance della Provincia di Bolzano, fra le migliori a livello nazionale. Se nel Lazio, regione dove il numero di risposte positive è il più alto, sono state ben 18 su cento, a Bolzano solo 3,1 famiglie ogni 100 hanno avuto a che fare con la corruzione.

Tav.1a - Famiglie che hanno avuto richieste di denaro, favori o altro o che hanno dato denaro, regali o altro in cambio di favori o servizi, nel corso della vita e negli ultimi tre anni, per tipo di settore e per regione, ripartizione geografica, tipologia di comune di residenza. Anno 2016 (Per 100 famiglie).

	Almeno un caso di corruzione nel corso della vita	Almeno un caso di corruzione negli ultimi tre anni	Nel corso della vita					
			Sanità	Sanità (comprende la richiesta di effettuare visita privata)	Assistenza	Istruzione	Lavoro	Uffici pubblici
Bolzano	3.1	0.7	0.9	4.4	0.4(*)	0.1(*)	0.8	1.4
Trento	2.0	0.4(*)	0.2(*)	1.6	0.5(*)	0.2(*)	0.7	0.3(*)
Totale	7.9	2.7	2.4	11.0	2.7	0.6	3.2	2.1

(*) dato con errore campionario superiore al 35%

A livello nazionale il fenomeno della corruzione ha riguardato in primo luogo il settore lavorativo (3,2% delle famiglie), soprattutto nel momento della ricerca di lavoro, della partecipazione a concorsi o dell'avvio di un'attività lavorativa (2,7%).

Tra le famiglie coinvolte in cause giudiziarie, ISTAT stima che il 2,9% abbia avuto nel corso della propria vita una richiesta di denaro, regali o favori da parte, ad esempio, di un giudice, un pubblico ministero, un cancelliere, un avvocato, un testimone o altri.

Il 2,7% delle famiglie che hanno fatto domanda di benefici assistenziali (contributi, sussidi, alloggi sociali o popolari, pensioni di invalidità o altri benefici) si stima abbia ricevuto una richiesta di denaro o scambi di favori. In ambito sanitario episodi di corruzione hanno coinvolto il 2,4% delle famiglie necessitanti di visite mediche specialistiche o accertamenti diagnostici, ricoveri o interventi. Le famiglie che si sono rivolte agli uffici pubblici nel 2,1% dei casi hanno avuto richieste di denaro, regali o favori.

Tav. 7a - Persone che conoscono qualcuno (amici, parenti, colleghi...) a cui è stato richiesto denaro, favori, regali in cambio di beni o servizi, per settore in cui si è verificata la richiesta e per regione. Anno 2016 (Per 100 persone)

	Almeno un settore	Assistenza
Bolzano	5.6	1.2
Trento	7.5	2.9
Puglia	32.3	17.8
Totale	13.1	4.0

(*) dato con errore campionario superiore al 35%

Non risulta del tutto tranquillizzante invece il dato sul fenomeno delle cd. raccomandazioni, che vedono in Provincia di Bolzano un dato quasi della metà rispetto a quello nazionale,

ma comunque significativo (14,7% delle persone conoscono qualcuno che è stato raccomandato).

Oltre 6 persone su cento anche nella Provincia di Bolzano risultano essere state richieste di raccomandazione, segno che comunque il fenomeno è socialmente diffuso.

Tav.11b - Persone cui è stata richiesta una raccomandazione o da fare da intermediario o a cui è stato offerto denaro per regione. Anno 2016 (Per 100 persone)

	Raccomandazione	Denaro/regali per ottenere un vantaggio	Entrambi
Bolzano	6.4	1.4	0.2 (*)
Trento	6.0	0.6	0.3 (*)
Totale	8.3	0.5	0.3

(*) dato con errore campionario superiore al 35%

Tav. 10 - Persone che conoscono qualcuno che è stato raccomandato per tipo di servizio/favore richiesto per regione. Anno 2016 (Per 100 persone)

	Almeno una raccomandazione	un posto di lavoro	una licenza, un permesso, una concessione	un beneficio assistenziale	ammissione a scuole o promozioni	cancellazione di multe o sanzioni	essere favorito in cause giudiziarie
Bolzano	14.7	12.7	6.8	5.2	3.1	2.7	0.7 (*)
Trento	22.6	17.8	7.3	5.7	1.8	4.3	1.6
Totale	25.4	21.5	7.5	6.8	4.9	7.5	1.9

(*) dato con errore campionario superiore al 35%

Anche le statistiche sui procedimenti penali per reati contro la pubblica amministrazione segnalano la necessità di una qualche attenzione, pur in un quadro sostanzialmente sano.

Tavola 4 - Numero di sentenze contenenti il reato e numero totale dei reati sentenziati per tipologia e regione di commesso reato. Anno 2016 (per 100.000 abitanti)

	Peculato		Indebita percezione di erogazioni pubbliche a danno dello Stato		Concussione		Corruzione per un atto contrario ai doveri d'ufficio		Responsabilità del corruttore		Istigazione alla corruzione		319quater della legge 6.11.2012, n. 190: Induzione indebita a dare o promettere utilità	
	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati	n° di sentenze	numero totale di reati
Trentino-Alto Adige	0,7	0,8	1,1	1,1	0,1	0,3	-	-	-	-	0,1	0,1	-	-
Bolzano / Bozen	1,0	1,2	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	0,2	0,2	-	-
Trento	0,4	0,4	1,3	1,3	0,2	0,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Italia	0,7	1,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,5	0,2	0,5	0,2	0,2	0,1	0,2

Infine, non si può tacere, analizzando il contesto esterno, l'incidenza che la pandemia e la conseguente emergenza sanitaria hanno avuto e stanno avendo sul tessuto sociale, economico e politico cittadino, provinciale e nazionale. Le ripercussioni si estendono

sicuramente a tutto il 2021, e richiederanno il massimo impegno del sistema pubblico per sostenere la ripartenza economica, rinforzare la coesione sociale, contrastare le infiltrazioni criminali in un tessuto sinora sostanzialmente sano e vigile.

3. IL CONTESTO INTERNO

Nel processo di costruzione del presente Piano si è tenuto conto degli elementi di conoscenza sopra sviluppati relativi al contesto ambientale di riferimento, ma anche delle risultanze dell'ordinaria vigilanza costantemente svolta all'interno dell'Amministrazione sui possibili fenomeni di deviazione dell'agire pubblico dai binari della correttezza e dell'imparzialità.

Nel corso dei monitoraggi sinora effettuati, non sono emerse irregolarità attinenti al fenomeno corruttivo, né a livello di personale dipendente / collaboratore, né a livello di organi di indirizzo politico amministrativo.

Si segnala inoltre:

🕒 **Sistema di responsabilità:** ruoli responsabilità e deleghe sono preventivamente e dettagliatamente definiti e formalizzati, così come i processi decisionali. I periodi di lockdown del 2020 e le restrizioni ai movimenti dei cittadini, hanno avuto forti ripercussioni anche nel sistema organizzativo del Comune, Il lavoro da remoto (cd. smartworking) è principalmente possibile, l'effettuazione delle riunioni a distanza, la sospensione degli eventi formativi in presenza, la parziale chiusura degli uffici al pubblico, un'accelerazione alla dematerializzazione del cartaceo, nonché l'adozione di un protocollo di sicurezza che si allega al presente Piano.

🕒 **Obiettivi e strategie:** sono definiti di concerto da Giunta comunale e Segretario Comunale

🕒 **Risorse, conoscenze, sistemi e tecnologie:** l'Amministrazione è dotata di una sede efficiente, di una rete infrastrutturale ed informatica recente, con formazione continua del suo Personale. Ciò ha consentito di affrontare positivamente, a partire dal Lockdown di Marzo 2020, la sfida del cd. Lavoro Agile³, contemperando il servizio ai cittadini con il distanziamento sociale e il rispetto delle disposizioni del Dipartimento della Funzione Pubblica e della Ministra Dadone.

🕒 **Cultura organizzativa:** a partire dall'assunzione tutti gli impiegati sono valutati e valorizzati per la loro capacità di interpretare in modo etico il raggiungimento delle finalità dell'ente

³ art. 87 del decreto-legge 17 marzo 2020, n. 18 (misure straordinarie in materia di lavoro agile per il pubblico impiego); delibera del Consiglio dei ministri 7 ottobre 2020 di proroga, fino al 31 gennaio 2021, dello stato di emergenza in conseguenza del rischio sanitario connesso all'insorgenza di patologie derivanti da agenti virali trasmissibili; decreto del Ministro per la pubblica amministrazione 19 ottobre 2020, recante «Misure per il lavoro agile nella pubblica amministrazione nel periodo emergenziale», prorogate al 31 gennaio 2021, con decreto 23 dicembre 2020.

⌚ **Flussi informativi:** la trasparenza interna è considerata un pilastro fondante la capacità dell'ente di porsi come Organizzazione in grado di apprendere e di sviluppare il valore delle risorse ad esso affidate.

⌚ **Denunce, segnalazioni o altre indagini in corso:** non risultano agli atti, né si riscontrano procedimenti disciplinari pregressi o pendenti.

Anche alla luce della capacità di risposta dimostrata dalla macchina comunale durante l'emergenza, si può fondatamente ritenere che il contesto interno sia sano e non generi particolari preoccupazioni.

Sono inoltre resi in forma esternalizzata, e quindi dell'integrità degli operatori impegnati su tali attività dovrà necessariamente rispondere il soggetto gestore, i seguenti servizi:

raccolta e smaltimento rifiuti residui urbani – Comunità Comprensoriale Oltradige Bassa Atesina – Egna

depurazione acque nere – Ecocenter spa Bolzano

Il numero dei posti in organico (8) (8 persone, di cui 1 operaio nel cantiere comunale, 4 impiegati, 1 pulizie, 1 cuochi, 1 dirigente) e i relativi livelli inquadramentali sono rappresentati dalla pianta organica, approvata con delibera del Consiglio Comunale n. 28/R/2013 del 26.11.2013.

La Pianta organica è, attualmente, interamente coperta.

I principi generali della normativa in tema di integrità e trasparenza saranno applicati nell'ambito delle strutture e delle risorse umane specificamente previste per l'ente, tenendo conto delle dimensioni dello stesso.

4.1 Il Responsabile della prevenzione della corruzione e della trasparenza

La Segretaria comunale dott.ssa Martina Todesca ai sensi dell'art. 1 comma 7 secondo capoverso della Legge 190/2012, è stata nominata in data 30.09.2013 con delibera n.19, della Giunta Comunale Responsabile per la prevenzione della corruzione del Comune di Anterivo ed è stata nominata inoltre, in data 20.01.2016 con delibera n. 20, della Giunta Comunale, ai sensi dell'art. 1 comma 1 lett. m della L.R.10/2014, Responsabile per la trasparenza, inoltre è stata nominata come responsabile della transizione digitale con delibera n. 178 del 15.06.2016.

La scelta di un unico responsabile è caldeggiata dal D. Lgs.97/2016, oltre che suggerita dalle ridotte dimensioni dell'ente.

4.2 Il Responsabile Protezione dei dati (DPO)

Il Comune di Anterivo ha affidato il ruolo a Avv.to Dott. KLAUS PERNTHALER con deliberazione della Giunta Comunale n. 315 del 10.12.2020 (per gli anni 2021-2023).

Laddove si verificassero istanze di accesso ai dati personali o di riesame di decisioni sull'accesso civico generalizzato, il RPCT si avvarrà del supporto del DPO. Come noto, le istanze di riesame, per quanto possano riguardare profili attinenti alla protezione dei dati personali, sono decise dal RPCT con richiesta di parere al Garante per la protezione dei dati personali ai sensi **dell'art. 5, co. 7, del d.lgs. 33/2013.**

Analogamente il DPO potrà essere coinvolto nella valutazione dei profili di correttezza del trattamento dei dati personali sul sito web istituzionale nella sezione Amministrazione Trasparente.

In particolare, ai sensi dell'art. 5 del Regolamento (UE) 2016/679, assumono rilievo i principi di adeguatezza, pertinenza e limitazione a quanto necessario rispetto alle finalità per le quali i dati personali sono trattati («minimizzazione dei dati») (par. 1, lett. c).

4.3 // R.A.S.A.

Ai sensi della determinazione ANAC n. 831 del 03/08/2016 si segnala che il ruolo di RASA (soggetto responsabile dell'inserimento e dell'aggiornamento annuale degli elementi identificativi della stazione appaltante stessa presso ANAC) del Comune è stato assunto da Dott.ssa Martina Todesca – Segretaria Comunale, nominata con deliberazione della giunta comunale n. 27 del 23.01.2019

5. IL SUPPORTO DEL CONSORZIO DEI COMUNI DELLA PROVINCIA DI BOLZANO

Per avviare e implementare nel tempo il processo di costruzione del Piano il Comune si è avvalso del supporto degli interventi di Formazione-Azione da parte del Consorzio dei Comuni, e del tutoraggio dallo stesso garantito. In particolare, il segretario comunale ha partecipato in FAD a due workshop organizzati per la progettazione condivisa del PTPCT 2021-2023 in data 7 e 8 gennaio 2021. Lungo il percorso assistito, è stato possibile affinare e omogeneizzare la metodologia di analisi e gestione dei rischi e di costruzione delle azioni di miglioramento, anche grazie al confronto con realtà omogenee del territorio, costituite da Comuni della Provincia di Bolzano con popolazione residente inferiore a 5000 unità.

L'importanza del ruolo delle associazioni dei comuni nell'accompagnamento del processo per l'integrità e la trasparenza è stato tra l'altro enfatizzato anche dal Piano Nazionale Anticorruzione recentemente adottato, e costituisce una prova evidente di intelligenza territoriale.

6. I REFERENTI

In considerazione della modica dimensione dell'Ente non sono stati previsti referenti per l'integrità.

7. PRINCIPIO DI DELEGA – OBBLIGO DI COLLABORAZIONE - CORRESPONSABILITÀ

La progettazione del presente Piano, nel rispetto del principio funzionale della delega – prevede il massimo coinvolgimento dei Dirigenti/Funzionari con responsabilità organizzativa sulle varie strutture dell'Ente, anche eventualmente come soggetti titolari del rischio ai sensi del PNA. In questa logica si ribadiscono in capo alle figure apicali l'obbligo di collaborazione attiva e la corresponsabilità nella promozione ed adozione di tutte le misure atte a garantire l'integrità dei comportamenti individuali nell'organizzazione.

A questi fini si è provveduto al trasferimento e all'assegnazione, a detti Responsabili, delle seguenti funzioni:

- a) Collaborazione per l'analisi organizzativa e l'individuazione delle varie criticità;
- b) Collaborazione per la mappatura dei rischi all'interno delle singole unità organizzative e dei processi gestiti, mediante l'individuazione, la valutazione e la definizione degli indicatori di rischio;
- c) Progettazione e formalizzazione delle azioni e degli interventi necessari e sufficienti a prevenire la corruzione e i comportamenti non integri da parte dei collaboratori in occasione di lavoro.

Si assume che attraverso l'introduzione e il potenziamento di regole generali di ordine procedurale, applicabili trasversalmente in tutti i settori, si potranno affrontare e risolvere anche criticità, disfunzioni e sovrapposizioni condizionanti la qualità e l'efficienza operativa dell'Amministrazione.

8. L'APPROCCIO METODOLOGICO ADOTTATO PER LA COSTRUZIONE DEL PIANO

8.1 Finalità

Il presente Piano Anticorruzione intende consolidare, all'interno dell'Amministrazione, un sistema organico di strumenti per la prevenzione della corruzione.

Tale prevenzione non è indirizzata esclusivamente alle fattispecie di reato previste dal Codice Penale, ma anche a quelle situazioni di rilevanza non criminale, ma comunque atte a evidenziare una disfunzione della Pubblica Amministrazione dovuta all'utilizzo delle funzioni attribuite non per il perseguimento dell'interesse collettivo bensì di quello privato.

Per interesse privato si intendono sia l'interesse del singolo dipendente/gruppo di dipendenti che di una parte terza.

Il processo corruttivo deve intendersi peraltro attuato non solo in caso di sua realizzazione ma anche nel caso in cui rimanga a livello di tentativo.

Come declinato anche dal Piano Nazionale Anticorruzione del 2019, i principali obiettivi da perseguire, attraverso idonei interventi, sono:

- ridurre le opportunità che si manifestino casi di corruzione;

- aumentare la capacità di scoprire casi di corruzione;
- creare un contesto sfavorevole alla corruzione.

8.2 Metodologia

La **metodologia adottata** sin dal primo Piano anticorruzione del 2014, si rifà a due approcci considerati di eccellenza negli ambiti organizzativi (banche, società multinazionali, pubbliche amministrazioni estere, ecc.) che già hanno efficacemente affrontato tali problematiche:

1) L'approccio dei sistemi normati, che si fonda

- a. sul **principio di documentabilità delle attività svolte**, per cui, in ogni processo, le operazioni e le azioni devono essere verificabili in termini di coerenza e congruità, in modo che sia sempre attestata la responsabilità della progettazione delle attività, della validazione, dell'autorizzazione, dell'effettuazione;
- b. sul **principio di documentabilità dei controlli**, per cui ogni attività di supervisione o controllo deve essere documentata e firmata da chi ne ha la responsabilità. In coerenza con tali principi, sono da formalizzare procedure, check-list, regolamenti, criteri e altri strumenti gestionali in grado di garantire omogeneità, oltre che trasparenza e equità;

2) L'approccio mutuato dal D. Lgs. 231/2001—con le dovute contestualizzazioni e senza che sia imposto dal decreto stesso nell'ambito pubblico - che prevede che l'ente **non sia responsabile** per i reati commessi (anche nel suo interesse o a suo vantaggio) se sono soddisfatte le seguenti condizioni:

- a. se prova che l'organo dirigente ha adottato ed efficacemente attuato, prima della commissione del fatto, modelli di organizzazione e di gestione idonei a prevenire reati della specie di quello verificatosi;
- b. se il compito di vigilare sul funzionamento e l'osservanza dei modelli e di curare il loro aggiornamento è stato affidato a un organismo dell'ente dotato di autonomi poteri di iniziativa e di controllo;
- c. se non vi è stata omessa o insufficiente vigilanza da parte dell'organismo suddetto.

Detti approcci, pur nel necessario adattamento, sono in linea con i Piani Nazionali Anticorruzione e gli aggiornamenti succedutisi nel tempo (2013, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020).

9. IL PERCORSO DI COSTRUZIONE ED AGGIORNAMENTO DEL PIANO

9.1 Gli aspetti presi in considerazione

Nel percorso di costruzione del Piano, accompagnato dagli interventi di formazione-azione promossi dal Consorzio dei Comuni della provincia di Bolzano, sono stati tenuti in considerazione diversi aspetti:

- a) il **coinvolgimento dei Responsabili operanti nelle aree a più elevato rischio** nell'attività di analisi e valutazione, di proposta e definizione delle misure e di monitoraggio per l'implementazione del Piano; tale attività – che non sostituisce ma integra la opportuna formazione rispetto alle finalità e agli strumenti dal Piano stesso - è stata il punto di partenza per la definizione di azioni preventive efficaci rispetto alle reali esigenze del Comune di Anterivo;
- b) Il coinvolgimento degli amministratori anche nella fase di progettazione, attraverso l'informativa resa al consiglio comunale in merito agli indirizzi che si sono seguiti/si intendono seguire per la predisposizione/aggiornamento del Piano. Il ruolo della Giunta Comunale è più strettamente operativo, potendosi essa esprimere anche in corso di progettazione del PTPC, oltre che in sede di approvazione ed adozione.
- c) la rilevazione delle misure di contrasto (procedimenti a disciplina rinforzata, controlli specifici, particolari valutazioni ex post dei risultati raggiunti, particolari misure nell'organizzazione degli uffici e nella gestione del personale addetto, particolari misure di trasparenza sulle attività svolte) anche già adottate, oltre alla indicazione delle misure che, attualmente non presenti, si prevede di adottare in futuro. Si è in tal modo costruito un Piano che, valorizzando il percorso virtuoso già intrapreso dall'Amministrazione, **mette a sistema quanto già positivamente sperimentato** purché coerente con le finalità del Piano;
- d) L'impegno a stimolare e recepire le eventuali osservazioni dei portatori di interessi sui contenuti delle misure adottate nelle aree a maggior rischio di comportamenti non integri, per poter arricchire l'approccio con l'essenziale punto di vista dei fruitori dei servizi del Comune, e nel contempo rendere consapevoli gli interessati degli sforzi messi in campo dall'organizzazione per rafforzare e sostenere l'integrità e trasparenza dei comportamenti dei suoi operatori a tutti i livelli;
- e) la **sinergia** con quanto già realizzato o in progettazione nell'ambito della trasparenza, ivi compresi:
 - ❖ l'attivazione del sistema di trasmissione delle informazioni al sito web dell'amministrazione;
 - ❖ l'attivazione del diritto di accesso civico ordinario e generalizzato, di cui al citato D.lgs. n.33/2013, così come modificato dal D. Lgs. 97/2016, e confermato dalle L.R.10 /2014 e L.R. 16/2016 in tema di trasparenza;
- f) la previsione e l'adozione di **specifiche attività di formazione del personale e agli amministratori**, con attenzione prioritaria al responsabile anticorruzione

dell'amministrazione e ai responsabili amministrativi competenti per le attività maggiormente esposte al rischio di corruzione, ma che coinvolgono anche tutto il personale dell'Amministrazione in relazione alle tematiche della legalità ed eticità dei comportamenti individuali.

- g) La continuità con le azioni intraprese con i precedenti Piani Triennali di prevenzione della Corruzione 2014-2016, 2015-2017, 2016-2018 e 2017-2019, 2018-2020, 2019-2021, confermato per l'anno 2020.
- h) Lo studio e la valutazione del contesto esterno ed interno, per poter meglio calibrare le misure da intraprendere.

Inoltre si è ritenuto opportuno sin dal primo PTPC adottato -come previsto nella circolare n. 1 del 25 gennaio 2013 del Dipartimento della Funzione Pubblica e ribadito dal PNA 2015 -**ampliare il concetto di corruzione, ricomprendendo** tutte quelle situazioni in cui *“nel corso dell'attività amministrativa, si riscontri l'abuso, da parte di un soggetto, del potere a lui affidato al fine di ottenere vantaggi privati. (...) Le situazioni rilevanti sono quindi più ampie della fattispecie penalistica e sono tali da ricomprendere non solo l'intera gamma dei delitti contro la Pubblica Amministrazione disciplinati nel Titolo II, capo I del codice penale, ma anche le situazioni in cui, a prescindere dalla rilevanza penale, venga in evidenza un malfunzionamento dell'amministrazione a causa dell'uso a fini privati delle funzioni attribuite”*.

9.2 Sensibilizzazione dei Responsabili di Servizio e condivisione dell'approccio

Il primo passo compiuto nella direzione auspicata è stato quello di far crescere all'interno del Comune la consapevolezza sul problema dell'integrità dei comportamenti.

In coerenza con l'importanza della condivisione delle finalità e del metodo di costruzione del Piano, in questa fase formativa si è provveduto – in più incontri specifici - alla **sensibilizzazione e al coinvolgimento dei Responsabili di Servizio**, definendo in quella sede che il Piano di prevenzione della corruzione avrebbe incluso non solo i procedimenti previsti dall'art. 1 comma 16 della L. 190 (autorizzazioni o concessioni; scelta del contraente per l'affidamento di lavori, forniture e servizi; concessione ed erogazione di sovvenzioni, contributi, sussidi, ausili finanziari, nonché' attribuzione di vantaggi economici di qualunque genere a persone ed enti pubblici e privati; concorsi e prove selettive per l'assunzione del personale e progressioni di carriera), ma che il punto di partenza sarebbe stata l'analisi di **tutte le attività del Comune** che possono presentare rischi di integrità.

Poiché nel Comune di Anterivo, in forza dello Statuto⁴ e Codice degli locali della Regione Autnoma Trentino – Alto Adige, gli Amministratori assumono compiti anche di natura gestionale, la loro partecipazione a questo processo è doverosa oltre che strategica, sia in termini di indirizzo politico – amministrativo che di condivisione dei principi di sana ed integra gestione della cosa pubblica.

Per questo si è provveduto al loro coinvolgimento e ad una loro sensibilizzazione in itinere al processo di progettazione e attualizzazione del presente Piano.

Tale coinvolgimento è rinforzato proprio alla luce delle indicazioni fornite dal PNA, che già con l'aggiornamento del 2015 ha chiarito la rilevanza e doverosità del coinvolgimento dell'organo di indirizzo, nel nostro caso della Giunta Comunale, sia nella fase progettuale del PTPCT, che in specifici eventi formativi.

9.3 Individuazione dei processi più a rischio e dei possibili rischi (“mappa/registro dei processi a rischio”)

In logica di priorità, sono stati selezionati dal Segretario Comunale, anche in confronto dialettico con i responsabili di funzione, i processi che, in funzione della situazione specifica del Comune, presentano possibili rischi per l'integrità, classificando tali rischi in relazione al grado di “pericolosità” ai fini delle norme anti-corrruzione.

In coerenza con quanto previsto dalle conclusioni della Commissione di Studio su trasparenza e corruzione (rapporto del 30 gennaio 2012), e dal PNA, sono state utilizzate in tale selezione metodologie proprie del risk management (gestione del rischio), nella valutazione della priorità dei rischi, caratterizzando ogni processo in base ad un indice di rischio in grado di misurare il suo specifico livello di criticità e di poterlo quindi successivamente comparare con il livello di criticità degli altri processi.

Il modello adottato per la pesatura del rischio, fornito dal Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano tramite una sua *expertise*, è coerente con quello suggerito dal Piano Nazionale Anticorrruzione, ma adottato in forma semplificata.

9.4 Analisi del rischio/Criteri per la definizione del livello di rischio

⁴ Articolo 5 comma 2: Contenuto dello statuto

“2. Nei comuni privi di figure dirigenziali, oltre al segretario comunale, lo statuto può prevedere disposizioni che, anche rinviando a norme regolamentari di carattere organizzativo, attribuiscono al sindaco, agli assessori o all'organo esecutivo il potere di adottare atti anche di natura tecnico-gestionale. Sono in ogni caso riservate al sindaco le funzioni di natura gestionale a esso attribuite dalla vigente legislazione, con facoltà dello stesso di delegarle agli assessori, ai dirigenti o ai responsabili dei servizi individuati secondo il regolamento di organizzazione.”

L'analisi del livello di rischio consiste nella valutazione della probabilità che il rischio si realizzi in relazione all'impatto che lo stesso produce. L'approccio prevede quindi che un rischio sia analizzato secondo le due variabili:

1. la **probabilità** di accadimento, cioè la stima di quanto è probabile che il rischio si manifesti in quel processo. Le componenti che si sono tenute empiricamente in considerazione in tale stima del singolo processo, sono state:
 - Grado di Discrezionalità/ Merito tecnico/ Vincoli
 - Rilevanza esterna / Valori economici in gioco
 - Complessità/ Linearità/ Trasparenza del processo
 - Presenza di controlli interni/ Esterni
 - Precedenti critici nel Comune o in realtà territorialmente contigue.

L'indice di probabilità (IP) è stato costruito con la seguente logica:

con probabilità da 0 a 0,05 (5%) il valore indicativo è 1, probabilità tenue;
con probabilità da 0,05 (5%) a 0,15 (15%) il valore indicativo è 2, probabilità media;
con probabilità da 0,15 (15%) a 1(100%) il valore indicativo è 3, probabilità elevata.

2. l'**impatto** dell'accadimento, cioè la stima dell'entità del danno connesso all'eventualità che il rischio si concretizzi. Le dimensioni che si sono tenute in considerazione nella valorizzazione dell'impatto sono state quelle suggerite già dal PNA del 2013 (all.5), ossia:

- Impatto economico,
- Impatto organizzativo,
- Impatto reputazionale.

L'indice di impatto (IG) è stato costruito con la seguente logica:

con impatto sul totale da 0 a 0,33 (33%) il valore indicativo è 1, cioè impatto tenue;
con impatto sul totale da 0,33 (33%) a 0,66 (66%) il valore indicativo è 2, cioè impatto medio;

con impatto sul totale da 0,66 (66%) a 1 (100%) il valore indicativo è 3, cioè impatto elevato.

L'analisi del livello di rischio consiste quindi nella valutazione della **probabilità** che il rischio si realizzi, moltiplicata all'**impatto** che lo stesso può produrre.

La singola attività/processo, già etichettata come soggetta a generico rischio corruttivo, viene quindi esaminata e valutata sotto entrambi i profili.

Si attribuisce infatti un valore empirico tra **1** (tenue/leggero), **2** (medio/rilevante) e **3** (forte/grave), separatamente all'indice di Probabilità (IP) e all'indice di Impatto (IG). Il prodotto dei due valori definisce il Livello di Rischio (IR).

Per ogni processo/attività ritenuto potenzialmente sensibile alla corruzione/contaminazione da parte di interessi privati (come da allegata tabella – allegato n° 1) si considera quindi:

$$IP * IG = IR$$

L'indice di Rischio che si definisce per ogni processo considerato sensibile, può quindi collocare l'attività/processo esaminati in una delle seguenti fasce di osservazione:

1-2	= rischio tenue
3-4	= rischio rilevante
6-9	= rischio grave

La graduazione del rischio dà conto del livello di attenzione richiesto per il contenimento dello stesso e della razionale distribuzione degli sforzi realizzativi nel triennio di riferimento, con priorità per gli interventi tesi a contenere un rischio alto e/o medio alto.

In quei processi nei quali si è già attuata, nel corso degli ultimi anni, qualche misura innovativa di contenimento e prevenzione del rischio, il rischio stesso è stato rivalutato, in special modo sul fattore della probabilità, tenendo conto delle risultanze dei monitoraggi effettuati.

9.5 Proposta delle azioni preventive e dei controlli da mettere in atto

Per ognuno dei processi della mappa identificato come “critico” in relazione al proprio indice di rischio, tenuto conto dell'indice di rischio individuato (IR), è stato definito un **piano di azione** che contempla almeno un'azione per ogni rischio stimato come prevedibile (cioè con indice di rischio “rilevante” o “grave”, ma in alcuni casi anche “tenue” ma meritevole di attenzione), progettando e sviluppando gli strumenti che rendano efficace tale azione o citando, e quindi mettendo a sistema, gli strumenti già in essere.

La mappatura, e le conseguenti azioni di contenimento del rischio, sono state poi arricchite cogliendo alcuni suggerimenti dei PNA 2015 e 2016, sia in merito alle procedure di scelta del contraente, sia in ordine ai processi in materia urbanistica ed edilizia.

Più specificatamente, per ogni azione prevista e non attualmente in essere, sono stati evidenziati la **previsione dei tempi** e le **responsabilità attuative** per la sua realizzazione e messa a regime, secondo una logica di *project management*. Laddove la realizzazione dell'azione lo consente sono stati previsti indicatori che in ogni caso rimandano alla misura operata su quegli obiettivi all'interno dei documenti di programmazione. Tale strutturazione delle azioni e quantificazione dei risultati attesi rende possibile il **monitoraggio periodico del Piano** di prevenzione della corruzione, in relazione alle scadenze temporali e alle responsabilità delle azioni e dei sistemi di controllo messe in evidenza nel piano stesso. Attraverso l'attività di monitoraggio e valutazione dell'attuazione del Piano è possibile migliorare nel tempo la sua formalizzazione e la sua efficacia.

9.6 Stesura e approvazione del Piano di prevenzione della corruzione e della trasparenza

La stesura del presente Piano Triennale di prevenzione della corruzione e della Trasparenza 2021-2023 è stata quindi realizzata tenendo conto dei Piani sin qui adottati a partire dal 2014, mettendo a sistema tutte le azioni operative ivi previste e rivalutando concretamente la fattibilità di quelle ancora da realizzarsi. Si sono inoltre prese in esame azioni nuove proposte dai Responsabili di Servizio, oltre alle azioni di carattere generale che ottemperano le prescrizioni della L. 190/2012 e quelle specifiche proposte dal PNA 2019. Particolare attenzione è stata posta nel garantire la “**fattibilità**” **delle azioni previste**, sia in termini operativi che finanziari (evitando spese o investimenti non coerenti con le possibilità finanziarie e le dimensioni dell’Ente), attraverso la verifica della coerenza rispetto agli altri strumenti di programmazione dell’Ente (Documento Unico di programmazione, Bilancio di previsione, PEG, Linee di indirizzo, ecc.). Le azioni previste dal Piano precedente che non si sono dimostrate ragionevoli in funzione degli scopi perseguiti, sono state eliminate (conservandone traccia tramite l’utilizzo del carattere “barrato”); quelle invece che non si sono potute realizzare a causa dell’emergenza sanitaria, sono state riprogrammate per una realizzazione nel triennio 2021-2023.

9.7 Formazione a tutti gli operatori interessati dalle azioni del Piano

Al fine di massimizzare l’impatto del Piano, è prevista come richiesto dal PNA, un’attività di informazione/formazione **rivolta a tutti i dipendenti** sui contenuti del presente piano. Oltre a dare visibilità alla ratio ed ai contenuti del presente Piano, gli incontri formativi porranno l’accento sulle tematiche della eticità e legalità dei comportamenti, nonché sulle novità in tema di risposta penale e disciplinare alle condotte non integre dei pubblici dipendenti.

La registrazione puntuale delle presenze consentirà di assolvere ad uno degli obblighi previsti dalla L. 190/2012 e ribadito dalla circolare della Funzione Pubblica del 25 gennaio 2013.

Come prescritto espressamente dal PNA del 2015, saranno organizzati altresì incontri formativi a partecipazione obbligatoria dedicati agli amministratori.

10. SEZIONE TRASPARENZA

10.1 Amministrazione Trasparente

Il Comune di Anterivo applica operativamente le prescrizioni in tema di trasparenza secondo quanto previsto dall’art. 7 della Legge regionale 13 dicembre 2012, n. 8

(Amministrazione Aperta), tenendo altresì conto delle disposizioni specifiche in materia adottate in sede provinciale ai sensi dell'articolo 59 della legge regionale 22 dicembre 2004, n. 7.

Nel 2013 è stato adottato, sulla base della delega espressa dalla L.190/2012, il D.lgs. n. 33 con il quale si sono riordinati gli obblighi di pubblicità e trasparenza delle Pubbliche Amministrazioni.

Essendo la materia oggetto di competenza dell'autonomia regionale, è intervenuta la L.R. n.10 del 29 ottobre 2014, recante: "*Disposizioni in materia di pubblicità, trasparenza e diffusione di informazioni da parte della Regione e degli enti a ordinamento regionale*", che ha trovato la sua piena applicazione nei termini previsti, ossia entro il 29 aprile 2015.

Successivamente la materia registra un significativo intervento correttivo e integrativo del legislatore nazionale, con l'adozione del D.Lgs. 97/2016, sulla base della delega espressa dalla Legge di riforma della pubblica amministrazione (cd. Legge Madia) n.124/2015.

Alla luce delle specificità regionali, La Regione TAA ha prodotto una nuova Legge regionale di recepimento ed adattamento delle disposizioni nazionali in tema di trasparenza, la Legge n.16/2016.

Il popolamento del sito web istituzionale nella sezione Amministrazione trasparente, stante le ridotte dimensioni dell'Ente, viene curato dalle persone evidenziate nell'ALL. 2 al presente PTPCT, sotto la supervisione del responsabile per la Trasparenza.

10.2 Diritto di accesso

Il diritto di accesso viene garantito, compatibilmente con le misure organizzative connesse all'emergenza sanitaria in atto, tenendo conto della sospensione temporanea dettata dal D.L. 18/2020, e della necessità di assicurare comunque la soddisfazione di quelle richieste che abbiano i caratteri dell'indifferibilità ed urgenza previsti dallo stesso decreto.

10.3 Trasparenza nella gestione del personale e dell'organizzazione

E' cura del Segretario Comunale, nella sua veste di responsabile del Personale, assicurarsi che la trasparenza sia anche un paradigma gestionale ed organizzativo, teso a evitare personalismi e opacità nella gestione delle attività, e a favorire condivisione delle informazioni e delle conoscenze e tracciabilità, in un lavoro di squadra indispensabile al raggiungimento dei fini pubblici in una realtà di dimensioni modeste come quella del nostro Comune. In tal senso si intende valorizzare questa accezione di trasparenza nella definizione in positivo dei comportamenti attesi nel nuovo Codice di comportamento comunale.

10.4 Tutela del segnalante interno ed esterno (whistle blower)

Gli aspetti che in particolare sono presidiati dal RPCT, in ossequio alla L.179/2016 e delle linee guida ANAC in materia di tutela degli autori di segnalazioni di reati o irregolarità di cui siano venuti a conoscenza in ragione di un rapporto di lavoro, ai sensi dell'art. 54-bis, del d.lgs. 165/2001 (c.d. whistleblowing), sono:

- Tutela della riservatezza del segnalante
- Certezza di svolgimento di istruttoria su quanto segnalato
- Coinvolgimento del segnalante nel procedimento disciplinare solo a fronte di suo esplicito consenso
- Garanzia di tutela da discriminazioni per il segnalante, anche per segnalazioni ad **ANAC**, o trasmesse, sotto forma di denuncia, **all'autorità giudiziaria o contabile**
- Sottrazione della denuncia al diritto di accesso ex L. 241/1990/L.P. n. 17/1993.

Al fine di garantire quanto stabilito dal comma 51 dell'art.1 della legge n. 190, e dalla L.179/2016 nell'intero percorso della segnalazione, è stata creata e dovutamente pubblicizzata, sia con comunicazione al personale del 30.01.2019 che tramite la pubblicazione in: Altri contenuti/Prevenzione della corruzione della sezione Amministrazione Trasparente, la casella e-mail anticorruzione@altrei.eu appositamente dedicata alle segnalazioni di che trattasi. L'unico destinatario è il Responsabile della prevenzione della corruzione e della trasparenza, che ne assicura la gestione in forma riservata. La casella non è accessibile da altri canali. Il Responsabile, al ricevimento della segnalazione, provvederà, a seconda del contenuto della stessa, ad avviare le opportune verifiche interne che seguiranno poi l'eventuale percorso del procedimento disciplinare. In sede di procedimento disciplinare, l'identità del segnalante potrà essere rivelata all'autorità disciplinare e all'incolpato solo nei casi che ci sia consenso esplicito del segnalante.

L'Amministrazione prende in considerazione anche le segnalazioni anonime, ove le stesse si presentino adeguatamente circostanziate e corredate da dovizia di particolari tali da farle ritenere presumibilmente fondate.

In ogni caso al personale è stata data pubblicità della possibilità di inoltrare direttamente la segnalazione, e con eguale valore esimente ai sensi del Codice disciplinare, ad ANAC, all'apposita casella predisposta ai sensi dell'art. 1, comma 51 della legge 6 novembre 2012, n. 190 e dell'art. 19, comma 5 della legge 11 agosto 2014, n. 114:

whistleblowing@anticorruzione.it

Si provvede a garantire la piena applicazione della legge n.179 del 30/11/2017, con particolare riguardo alla tutela dei segnalanti collaboratori di ditte e fornitori dell'Azienda, tramite integrazione delle lettere di incarico e integrazione del protocollo per la tutela del segnalante.

Per facilitare le segnalazioni viene messo a disposizione un modello bilingue per la segnalazione.

Protocollo e modello sono resi disponibili nel sito web istituzionale, sezione Amministrazione Trasparente – altri contenuti – prevenzione della corruzione.

11. MISURE ORGANIZZATIVE DI CARATTERE GENERALE

Si riportano di seguito le misure organizzative di carattere generale che l'Amministrazione Comunale intende mettere in atto, in coerenza con quanto previsto dalla L. 190/2012 e con la propria dimensione organizzativa.

11.1 Rotazione

Tenuto conto dei rilievi e suggerimenti in materia da parte del PNA, e di quanto auspicato dalla normativa in merito all'adozione di adeguati sistemi di rotazione del personale addetto alle aree a rischio, l'Amministrazione rileva la materiale impossibilità di procedere in tal senso alla luce dell'esiguità della propria dotazione organica e della elevata specializzazione richiesta per lo svolgimento di mansioni critiche. Si impegna pertanto a valutare nel medio periodo la possibilità di rinforzare i processi a rischio attraverso:

1. specifici interventi formativi
2. il rinforzo dell'attività di controllo così come evidenziata nello specifico nelle azioni messe in campo nella seconda parte del presente Piano
3. la costituzione di ambiti di gestione associata di servizi e funzioni a supporto dei Comuni.

11.2 Codice di comportamento

Rispondendo alle sollecitazioni di ANAC, ribadite nell'aggiornamento 2018 al PNA, e nel PNA 2019, nonché applicando la Delibera n. 177 del 19 febbraio 2020 - Linee guida in materia di Codici di comportamento delle amministrazioni pubbliche, il Comune di Anterivo si impegna ad adottare nel corso del 2021 un nuovo codice di comportamento che specifichi al meglio e contestualizzi le misure previste dal DPR 62/2013.

Sarà compito del Segretario comunale adottare, compatibilmente con le indicazioni provinciali in materia, le misure che garantiscano il **rispetto delle norme del codice di comportamento dei dipendenti delle pubbliche amministrazioni** di cui al DECRETO DEL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA 16 aprile 2013, n. 62, non solo da parte dei propri dipendenti, ma anche, laddove compatibili, da parte di tutti i collaboratori dell'amministrazione, dei titolari di organi e di incarichi negli uffici di diretta collaborazione delle autorità, dei collaboratori a qualsiasi titolo di imprese fornitrici di beni o servizi o che realizzano opere in favore dell'amministrazione. A tal fine si è adottato nel corso del 2018 un modello di lettera di incarico riportante espressamente clausole che estendono l'obbligo di osservanza del codice di comportamento. Nei contratti di appalto è inserita altresì clausola relativa all'obbligo di osservanza del codice di comportamento del comune di Anterivo.

11.3 Procedimenti disciplinari

È compito del segretario comunale, nella sua veste di responsabile del personale, garantire le misure necessarie all'effettiva attivazione della **responsabilità disciplinare dei dipendenti**, in caso di violazione dei doveri di comportamento, ivi incluso il dovere di rispettare puntualmente le prescrizioni contenute nel Piano triennale di Prevenzione della Corruzione.

11.4 Inconferibilità e incompatibilità degli incarichi

Su specifica delega della Legge Anticorruzione, il governo ha emanato nel 2013 il D.lgs. n. 39, finalizzato alla definizione di situazioni di inconferibilità di incarichi apicali oltre che all'introduzione di griglie di incompatibilità tra incarichi ed attività sia nelle Amministrazioni dello Stato che in quelle locali (Regioni, Province e Comuni), che negli Enti di diritto privato che sono controllati da una Pubblica Amministrazione. Il Segretario vigila sull'attuazione delle disposizioni in materia di **inconferibilità e incompatibilità degli incarichi** (di cui ai commi 49 e 50 della legge n. 190/2012).

In particolare, con riguardo alla procedura di conferimento degli incarichi, garantisce:

- 1) la preventiva acquisizione della dichiarazione di insussistenza di cause di inconferibilità o incompatibilità da parte del destinatario dell'incarico;
- 2) la successiva verifica entro un congruo arco temporale;
- 3) il conferimento dell'incarico solo all'esito positivo della verifica (ovvero assenza di motivi ostativi al conferimento stesso);
- 4) la pubblicazione contestuale dell'atto di conferimento dell'incarico, ai sensi dell'art. 14 del d.lgs. 33/2013, e della dichiarazione di insussistenza di cause di inconferibilità e incompatibilità, ai sensi dell'art. 20, co. 3, del d.lgs. 39/2013.

11.5 Autorizzabilità attività extraistituzionali

Adottare misure di verifica dell'attuazione delle disposizioni di legge in materia di **autorizzazione di incarichi esterni**, così come modificate dal comma 42 della legge n. 190, anche alla luce delle conclusioni del tavolo tecnico esplicitate nel documento contenente "Criteri generali in materia di incarichi vietati ai pubblici dipendenti" e delle conseguenti indicazioni della Regione T.A.A. esplicitate con circolare n.3/EL del 14 agosto 2014. Sul punto si insisterà con note al personale, formazione etica e counselling da parte del Segretario Comunale.

11.6 Presa d'atto

Si richiederà la **presa d'atto**, da parte dei dipendenti, del Piano triennale di prevenzione della corruzione sia al momento dell'assunzione sia, durante il servizio, con cadenza periodica.

11.7 Presidio delle limitazioni contrattuali dopo la cessazione del rapporto di lavoro con Enti pubblici (cd. Pantouflage)

In ogni affidamento contrattuale si chiederà al titolare dell'azienda affidataria di dichiarare se ha alle proprie dipendenze o tra i propri collaboratori un ex dipendente pubblico, onde verificare il rispetto delle preclusioni di legge.

Laddove si abbia notizia di affidamento di incarichi a qualsiasi titolo a soggetti già dipendenti nel precedente triennio con delega di spesa dell'amministrazione comunale, il Segretario RPCT provvederà ad agire come previsto dalla normativa

11.8 Controllo sulle aziende partecipate e controllate

Il RPCT provvede periodicamente a verificare se le aziende partecipate e controllate abbiano adottato anch'esse un Piano Triennale Anticorruzione o abbiano arricchito i propri modelli organizzativi richiesti dal D.Lgs.231/2001, con le previsioni del presente Piano laddove compatibili.

Nel caso dalla verifica risultasse una parziale o totale omissione, il RPCT si riserva di:

🕒 sollecitare formalmente l'adozione del modello organizzativo gestionale 231, integrato delle misure anticorruzione, trasparenza e di garanzia dell'accesso;

🕒 richiedere la nomina di un responsabile per la prevenzione della corruzione;

🕒 invitare formalmente all'adozione di politiche di tutela del denunciante interno ed esterno;

🕒 pretendere una precisa delimitazione delle attività definibili di pubblico interesse, promuovendo eventualmente anche modifiche statutarie che ne diano evidenza;

🕒 predisporre, ai sensi dell'art. 189 del Codice degli Enti locali (L.R. n. 2/2018), un sistema di controlli sulle partecipate⁸, definendo preventivamente gli obiettivi gestionali a cui deve tendere la società partecipata, secondo parametri qualitativi e quantitativi, e organizzando un idoneo sistema informativo finalizzato a rilevare i rapporti finanziari tra l'ente proprietario e la società, la situazione contabile, gestionale e organizzativa della società, i contratti di servizio, la qualità dei servizi, il rispetto delle norme di legge sui vincoli di finanza pubblica.

Su tali aspetti l'Ente effettua un monitoraggio periodico sull'andamento delle società partecipate, analizzando gli scostamenti rispetto agli obiettivi assegnati e individuando le opportune azioni correttive.

Di tali controlli si dà conto nell'apposita sezione della sezione Amministrazione Trasparente.

11.9 Gestione del rischio nelle procedure di scelta del contraente

In assenza di precedenti critici, l'impegno dell'amministrazione è concentrato sul rispetto puntuale della normativa di dettaglio e delle Linee guida espresse da ANAC, anche attraverso l'utilizzo della Centrale di committenza Provinciale e degli strumenti del Commercio elettronico predisposti a livello locale e nazionale. Pertanto, già a partire dal PTPCT 2017-2019 si è alleggerito significativamente il tabellone processi/rischi dalla massa di adempimenti ulteriori suggeriti nell'aggiornamento 2015 al PNA, in quanto irrealistici e troppo impattanti sull'operatività della struttura amministrativa rispetto al beneficio di igienizzazione dell'agire pubblico che dovrebbero promuovere.

11.10 Ricorso ad Arbitrato

Non si ritiene di ricorrere all'istituto.

11.11 Protocollo di legalità/patto di integrità

Si adotta il Protocollo di legalità definito a livello Provinciale, per consentire a tutti i soggetti (privati e pubblici), tramite uno strumento di "consenso" operativo fin dal momento iniziale delle procedure di scelta del contraente, di potersi confrontare lealmente con eventuali fenomeni di tentativi di infiltrazione criminale organizzata.

12. ASCOLTO E DIALOGO CON IL TERRITORIO

Come auspicato dal PNA 2019, e in conformità con i protocolli adottati per far fronte all'emergenza sanitaria, gli stakeholders (portatori di interessi), sono invitati a fornire le loro osservazioni durante il periodo di pubblicazione minimo di 10 giorni del presente PTPCT in bozza sul sito web istituzionale del Comune di Anterivo.

Eventuali osservazioni e suggerimenti, saranno oggetto di valutazione in sede di approvazione definitiva del PTPCT.

13. IL SISTEMA DEI CONTROLLI E DELLE AZIONI PREVENTIVE PREVISTE

Si riportano di seguito, organizzate a livello di Servizio, le **schede contenenti le azioni preventive e i controlli attivati per ognuno dei processi** per i quali si è stimato "medio" o "alto" l'indice di rischio o per i quali, sebbene l'indice di rischio sia stato stimato come "basso", si è comunque ritenuto opportuno e utile predisporre e inserire nel Piano azioni di controllo preventivo. **I processi complessivamente inseriti nel Piano sono n. 22** (di cui 3 area Ufficio Tecnico, 2 area Segreteria/Lavori Pubblici, 1 area Manutenzione immobili, strade e giardini, 2 area Tutti i servizi che effettuano acquisti/incarichi, 1 area servizi demografici, 1 area servizi cimiteriali, 2 dell'Area Risorse Economiche (servizi finanziari, tribute e entrate patrimoniali), 1 area trasversali a diverse aree e settori, 2 area Segreteria generale, 1 area sociale/cultura/sport/tempo libero, 3 personale), **i rischi individuati sono complessivamente n. 30** ognuno dei quali con almeno un'azione programmata o già in atto, le azioni pianificate o formalizzate sono complessivamente n. 90.

Per ogni azione – anche se già in atto - è stato inserito il soggetto responsabile della sua attuazione (chiamato nel PNA "titolare del rischio"), e laddove l'azione sia pianificata nella sua realizzazione, sono indicati i tempi stimati per il suo completamento, eventualmente affiancati da note esplicative.

L'utilizzo di un unico format è finalizzato a garantire l'uniformità e a facilitare la lettura del documento.

14. TRANSIZIONE DIGITALE

La transizione digitale voluta fortemente dal legislatore con le conseguenti misure di digitalizzazione aiuta a dare una forte spinta sia nell'ambito della prevenzione della corruzione che della trasparenza.

Un ruolo fondamentale è svolto dal protocollo digitale, nel quale vengono acquisiti e scansati tutti gli atti giunti in comune nonché tutte le delibere e determine e che consente in qualsiasi momento di risalire al responsabile del procedimento e di verificare lo stato della pratica. Inoltre il comune di Anterivo per gli appalti pubblici si avvale della piattaforma digitale messa a disposizione dalla provincia Autonoma di Bolzano che

garantisce l'integrità di tutta la documentazione ivi risultante e consente di ripercorrere qualsiasi operazione effettuata.

Per quanto riguarda l'incasso dei tributi comunali vengono utilizzate piattaforme elettroniche che consentono un ottimo controllo sui pagamenti. Per il pagamento dell'imposta comunale sugli immobili il comune spedisce i bollettini precompilati ai cittadini.

È previsto di implementare la digitalizzazione nei prossimi anni anche ricorrendo a specifici progetti

15. AGGIORNAMENTO DEL PIANO DI PREVENZIONE DELLA CORRUZIONE

15.1 Modalità di aggiornamento

Il presente Piano rientra tra i piani e i programmi Gestionali. Le modalità di aggiornamento saranno pertanto analoghe a quelle previste per l'aggiornamento di tali piani e programmi, e darà atto del grado di raggiungimento degli obiettivi dichiarati secondo gli indicatori ivi previsti.

Per il 2021 il Segretario comunale ha partecipato a due workshop tenuti dal Consorzio dei Comuni proprio per facilitare la redazione del presente documento, attraverso la condivisione dei problemi applicativi con le realtà comunali del territorio di dimensioni analoghe a quelle del Comune di Anterivo.

15.2 Cadenza temporale di aggiornamento

I contenuti del presente Piano, così come le priorità d'intervento e la mappatura e pesatura dei rischi per l'integrità, costituiscono aggiornamento del Piano Triennale di Prevenzione della corruzione e della Trasparenza 2019-2021 (confermato con deliberazione della Giunta Comunale n. 31 del 29.01.2020), e saranno oggetto anche nel futuro di revisione annuale, o se necessario, in corso d'anno, anche in relazione ad eventuali adeguamenti a disposizioni normative e/o a riorganizzazione di processi e/o funzioni.

Si riportano di seguito le principali fonti normative sul tema della trasparenza e dell'integrità.

- L. 30.11.2017 n. 179 “Disposizioni per la tutela degli autori di segnalazioni di reati o irregolarità di cui siano venuti a conoscenza nell'ambito di un rapporto di lavoro pubblico o privato”
- L. 21.06.2017 n. 96 –Artt. 52 ter e 52 quater “Disposizioni urgenti in materia finanziaria, iniziative a favore degli enti territoriali, ulteriori interventi per le zone colpite da eventi sismici e misure per lo sviluppo”➤
- L. 07.08.2015 n. 124 “Deleghe al Governo in materia di riorganizzazione delle amministrazioni pubbliche”
- L. 11.08.2014, n. 114 di conversione del D.L. 24.06.2014, n. 90, recante all'art. 19: “Soppressione dell'Autorità per la vigilanza sui contratti pubblici di lavori, servizi e forniture e definizione delle funzioni dell'Autorità nazionale anticorruzione” e all'art. 32: “Misure straordinarie di gestione, sostegno e monitoraggio di imprese nell'ambito della prevenzione della corruzione”.
- L. 30.10.2013 n. 125 -Art. 5 “Disposizioni urgenti per il perseguimento di obiettivi di razionalizzazione nelle pubbliche amministrazioni”
- L. 07.12.2012 n. 213 “Disposizioni urgenti in materia di finanza e funzionamento degli enti territoriali, nonché ulteriori disposizioni in favore delle zone terremotate nel maggio 2012”.
- L. 06.11.2012 n. 190 “Disposizioni per la prevenzione e la repressione della corruzione e dell'illegalità nella pubblica amministrazione”.
- L. 28.06.2012 n. 110 e L. 28.06.2012 n. 112, di ratifica di due convenzioni del Consiglio d'Europa siglate a Strasburgo nel 1999.
- L. 11.11.2011 n. 180 “Norme per la tutela della libertà d'impresa. Statuto delle imprese”.
- L. 12.07.2011 n.106 “Conversione in legge, con modificazioni, del decreto-legge 13 maggio 2011 n. 70, concernente Semestre Europeo -Prime disposizioni urgenti per l'economia”.
- L. 03.08.2009 n.116 “Ratifica della Convenzione dell'Organizzazione delle Nazioni Unite contro la corruzione del 31 ottobre 2003”.
- L. 18.06.2009 n. 69 “Disposizioni per lo sviluppo economico, la semplificazione, la competitività nonché in materia di processo civile”.

- L. R. (Regione Autonoma Trentino -Alto Adige) 03.05.2018, n. 2 con le modifiche apportate dalla L.R. 08.08.2018, n. 6 "Codice degli Enti Locali della Regione autonoma Trentino -Alto Adige".
- L. R. (Regione Autonoma Trentino -Alto Adige) 15.12.2016 n.16 "Legge regionale collegata alla legge regionale di stabilità 2017".Il Capo primo: "Disposizioni di adeguamento alle norme in materia di trasparenza" dispone alcune modifiche alla legge regionale n. 10/2014
- L. R. (Regione Autonoma Trentino -Alto Adige) 29.10.2014 n.10 recante "Disposizioni in materia di pubblicità, trasparenza e diffusione di informazioni da parte della Regione e degli enti a ordinamento regionale, nonché modifiche alle leggi regionali 24 giugno 1957, n. 11 (Referendum per l'abrogazione di leggi regionali) e 16 luglio 1972, n. 15 (Norme sull'iniziativa popolare nella formazione delle leggi regionali e provinciali) e successive modificazioni, in merito ai soggetti legittimati all'autenticazione delle firme dei sottoscrittori".
- L. R. (Regione Autonoma Trentino -Alto Adige) 13.12.2012 n. 8, recante all'art.7 le disposizioni in materia di "Amministrazione aperta", successivamente modificata con L. R. TAA. 05.02.2013 n. 1 e L. R. 02.05.2013 n.3, in tema di trasparenza ed integrità (si veda circolare n. 3/EL/2013/BZ/di data 15.05.2013), e da ultima modificata dalla L.R. n.10/2014 di cui sopra.
- D. Lgs. 10/08/2018 n. 101 "Disposizioni per l'adeguamento della normativa nazionale alle disposizioni del regolamento (UE) 2016/679 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 27 aprile 2016, relativo alla protezione delle persone fisiche con riguardo al trattamento dei dati personali, nonché alla libera circolazione di tali dati e che abroga la direttiva 95/46/CE (regolamento generale sulla protezione dei dati).".
- D. Lgs. 14.03.2013 n. 39 "Riordino della disciplina riguardante gli obblighi di pubblicità, trasparenza e diffusione di informazioni da parte delle pubbliche amministrazioni".
- D. Lgs. 14.03.2013 n. 33 "Disposizioni in materia di inconferibilità e incompatibilità di incarichi presso le pubbliche amministrazioni e presso gli enti privati in controllo pubblico, a norma dell'articolo 1, commi 49 e 50, della legge 6 novembre 2012, n. 190".
- D. Lgs. 27.10.2009 n. 150 "Attuazione della legge 4 marzo 2009, n. 15, in materia di ottimizzazione della produttività del lavoro pubblico e di efficienza e trasparenza delle pubbliche amministrazioni".
- D. Lgs. 07.03.2005 n. 82 e ss. mm. "Codice dell'amministrazione digitale".
- D. Lgs. 30.06.2003 n. 196 "Codice in materia di protezione dei dati personali".
- D. Lgs. 30.03.2001 n. 165 "Norme generali sull'ordinamento del lavoro alle dipendenze delle amministrazioni pubbliche".

- D.P.R. 16.04.2013 n. 62 “Regolamento recante codice di comportamento dei dipendenti pubblici, a norma dell'articolo 54 del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165”.
- D.P.R. 07.04.2000 n. 118 “Regolamento recante norme per la semplificazione del procedimento per la disciplina degli albi dei beneficiari di provvidenze di natura economica, a norma dell'articolo 20, comma 8, della legge 15 marzo 1997, n. 59”.
- Codice etico funzione pubblica di data 28.11.2000.
- Codice etico per gli amministratori locali –“Carta di Pisa”.
- Legge provinciale 10 agosto 1995, n. 16: articoli 15 e 17 -principi generali
- Legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, "Disciplina del procedimento amministrativo"
- Deliberazione della Giunta provinciale 7 ottobre 1996, n. 4817 -obblighi di servizio e regole di comportamento per il personale della Provincia autonoma di Bolzano Alto Adige
- Contratto collettivo intercompartimentale 12 febbraio 2008: articoli 57 fino 70 -sanzioni disciplinari e procedimento disciplinare
- Convenzione dell'O.N.U. contro la corruzione, adottata dall'Assemblea Generale dell'Organizzazione in data 31.10.2003 con la risoluzione n. 58/4, sottoscritta dallo Stato italiano in data 09.12.2003 e ratificata con la L. 03.08.2009 n. 116.
- Intesa di data 24.07.2013 in sede di Conferenza Unificata tra Governo ed Enti Locali, attuativa della L. 06.11.2012 n. 190 (art. 1, commi 60 e 61).
- Piano nazionale anticorruzione predisposto dal Dipartimento della Funzione Pubblica, ai sensi della L. 06.11.2012 n. 190, e approvato dalla CIVIT in data 11.09.2013.
- Circolari n. 1 di data 25.01.2013 e n. 2 di data 29.07.2013 della Presidenza del Consiglio dei Ministri –Dipartimento della Funzione Pubblica.
- Linee di indirizzo del Comitato interministeriale (D.P.C.M. 16.01.2013) per la predisposizione, da parte del Dipartimento della Funzione Pubblica, del Piano nazionale anticorruzione di cui alla L. 06.11.2012 n. 190.
- D.P.C.M. 18.04.2013 attinente le modalità per l'istituzione e l'aggiornamento degli elenchi dei fornitori, prestatori di servizi ed esecutori non soggetti a tentativo di infiltrazione mafiosa, di cui all'art. 1, comma 52, della L. 06.11.2012 n. 190.
- Delibera CIVIT n. 72/2013 con cui è stato approvato il Piano nazionale anticorruzione predisposto dal Dipartimento della Funzione Pubblica.
- Delibera CIVIT n. 15/2013 in tema di organo competente a nominare il Responsabile della prevenzione della corruzione nei comuni.

- Delibera CIVIT n. 2/2012 “Linee guida per il miglioramento della predisposizione e dell’aggiornamento del Programma triennale per la trasparenza e l’integrità”.
- Delibera CIVIT n. 105/2010 “Linee guida per la predisposizione del Programma triennale per la trasparenza e l’integrità (art. 13, comma 6, lettera e, del decreto legislativo 27 ottobre 2009, n. 150)”.
- ANAC – Delibera n. 1064 del 13 novembre 2019 - Approvazione definitiva del Piano Nazionale Anticorruzione 2019
- ANAC – Delibera n. 1074 del 21 novembre 2018 - Approvazione definitiva dell’Aggiornamento 2018 al Piano Nazionale Anticorruzione
- Aggiornamento 2016 al Piano Nazionale Anticorruzione, Determinazione ANAC n. 12 Nr. 831/2016
- Aggiornamento 2015 al Piano Nazionale Anticorruzione, Determinazione ANAC n. 12 del 28 ottobre 2015
Si riportano di seguito le principali fonti normative sul tema della trasparenza e dell’integrità.
- L. 30.11.2017 n. 179 “Disposizioni per la tutela degli autori di segnalazioni di reati o irregolarità di cui siano venuti a conoscenza nell’ambito di un rapporto di lavoro pubblico o privato”
- L. 21.06.2017 n. 96 –Artt. 52 ter e 52 quater “Disposizioni urgenti in materia finanziaria, iniziative a favore degli enti territoriali, ulteriori interventi per le zone colpite da eventi sismici e misure per lo sviluppo” ➤
- L. 07.08.2015 n. 124 “Deleghe al Governo in materia di riorganizzazione delle amministrazioni pubbliche”
- L. 11.08.2014, n. 114 di conversione del D.L. 24.06.2014, n. 90, recante all’art. 19: “Soppressione dell’Autorità per la vigilanza sui contratti pubblici di lavori, servizi e forniture e definizione delle funzioni dell’Autorità nazionale anticorruzione” e all’art. 32: “Misure straordinarie di gestione, sostegno e monitoraggio di imprese nell’ambito della prevenzione della corruzione”.
- L. 30.10.2013 n. 125 -Art. 5 “Disposizioni urgenti per il perseguimento di obiettivi di razionalizzazione nelle pubbliche amministrazioni”
- L. 07.12.2012 n. 213 “Disposizioni urgenti in materia di finanza e funzionamento degli enti territoriali, nonché ulteriori disposizioni in favore delle zone terremotate nel maggio 2012”.
- L. 06.11.2012 n. 190 “Disposizioni per la prevenzione e la repressione della corruzione e dell’illegalità nella pubblica amministrazione”.

- L. 28.06.2012 n. 110 e L. 28.06.2012 n. 112, di ratifica di due convenzioni del Consiglio d'Europa siglate a Strasburgo nel 1999.
- L. 11.11.2011 n. 180 "Norme per la tutela della libertà d'impresa. Statuto delle imprese".
- L. 12.07.2011 n.106 "Conversione in legge, con modificazioni, del decreto-legge 13 maggio 2011 n. 70, concernente Semestre Europeo -Prime disposizioni urgenti per l'economia".
- L. 03.08.2009 n.116 "Ratifica della Convenzione dell'Organizzazione delle Nazioni Unite contro la corruzione del 31 ottobre 2003".
- L. 18.06.2009 n. 69 "Disposizioni per lo sviluppo economico, la semplificazione, la competitività nonché in materia di processo civile".
- L. R. (Regione Autonoma Trentino -Alto Adige) 03.05.2018, n. 2 con le modifiche apportate dalla L.R. 08.08.2018, n. 6 "Codice degli Enti Locali della Regione autonoma Trentino -Alto Adige".
- L. R. (Regione Autonoma Trentino -Alto Adige) 15.12.2016 n.16 "Legge regionale collegata alla legge regionale di stabilità 2017".Il Capo primo: "Disposizioni di adeguamento alle norme in materia di trasparenza" dispone alcune modifiche alla legge regionale n. 10/2014
- L. R. (Regione Autonoma Trentino -Alto Adige) 29.10.2014 n.10 recante "Disposizioni in materia di pubblicità, trasparenza e diffusione di informazioni da parte della Regione e degli enti a ordinamento regionale, nonché modifiche alle leggi regionali 24 giugno 1957, n. 11 (Referendum per l'abrogazione di leggi regionali) e 16 luglio 1972, n. 15 (Norme sull'iniziativa popolare nella formazione delle leggi regionali e provinciali) e successive modificazioni, in merito ai soggetti legittimati all'autenticazione delle firme dei sottoscrittori".
- L. R. (Regione Autonoma Trentino -Alto Adige) 13.12.2012 n. 8, recante all'art.7 le disposizioni in materia di "Amministrazione aperta", successivamente modificata con L. R. TAA. 05.02.2013 n. 1 e L. R. 02.05.2013 n.3, in tema di trasparenza ed integrità (si veda circolare n. 3/EL/2013/BZ/di data 15.05.2013), e da ultima modificata dalla L.R. n.10/2014 di cui sopra.
- D. Lgs. 10/08/2018 n. 101 "Disposizioni per l'adeguamento della normativa nazionale alle disposizioni del regolamento (UE) 2016/679 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 27 aprile 2016, relativo alla protezione delle persone fisiche con riguardo al trattamento dei dati personali, nonché alla libera circolazione di tali dati e che abroga la direttiva 95/46/CE (regolamento generale sulla protezione dei dati).".

- D. Lgs. 14.03.2013 n. 39 “Riordino della disciplina riguardante gli obblighi di pubblicità, trasparenza e diffusione di informazioni da parte delle pubbliche amministrazioni”.
- D. Lgs. 14.03.2013 n. 33 “Disposizioni in materia di inconferibilità e incompatibilità di incarichi presso le pubbliche amministrazioni e presso gli enti privati in controllo pubblico, a norma dell’articolo 1, commi 49 e 50, della legge 6 novembre 2012, n. 190”.
- D. Lgs. 27.10.2009 n. 150 “Attuazione della legge 4 marzo 2009, n. 15, in materia di ottimizzazione della produttività del lavoro pubblico e di efficienza e trasparenza delle pubbliche amministrazioni”.
- D. Lgs. 07.03.2005 n. 82 e ss. mm. “Codice dell’amministrazione digitale”.
- D. Lgs. 30.06.2003 n. 196 “Codice in materia di protezione dei dati personali”.
- D. Lgs. 30.03.2001 n. 165 “Norme generali sull’ordinamento del lavoro alle dipendenze delle amministrazioni pubbliche”.
- D.P.R. 16.04.2013 n. 62 “Regolamento recante codice di comportamento dei dipendenti pubblici, a norma dell’articolo 54 del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165”.
- D.P.R. 07.04.2000 n. 118 “Regolamento recante norme per la semplificazione del procedimento per la disciplina degli albi dei beneficiari di provvidenze di natura economica, a norma dell’articolo 20, comma 8, della legge 15 marzo 1997, n. 59”.
- Codice etico funzione pubblica di data 28.11.2000.
- Codice etico per gli amministratori locali –“Carta di Pisa”.
- Legge provinciale 10 agosto 1995, n. 16: articoli 15 e 17 -principi generali
- Legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, ”Disciplina del procedimento amministrativo”
- Deliberazione della Giunta provinciale 7 ottobre 1996, n. 4817 -obblighi di servizio e regole di comportamento per il personale della Provincia autonoma di Bolzano Alto Adige
- Contratto collettivo intercompartimentale 12 febbraio 2008: articoli 57 fino 70 -sanzioni disciplinari e procedimento disciplinare
- Convenzione dell’O.N.U. contro la corruzione, adottata dall’Assemblea Generale dell’Organizzazione in data 31.10.2003 con la risoluzione n. 58/4, sottoscritta dallo Stato italiano in data 09.12.2003 e ratificata con la L. 03.08.2009 n. 116.
- Intesa di data 24.07.2013 in sede di Conferenza Unificata tra Governo ed Enti Locali, attuativa della L. 06.11.2012 n. 190 (art. 1, commi 60 e 61).
- Piano nazionale anticorruzione predisposto dal Dipartimento della Funzione Pubblica, ai sensi della L. 06.11.2012 n. 190, e approvato dalla CIVIT in data 11.09.2013.

- Circolari n. 1 di data 25.01.2013 e n. 2 di data 29.07.2013 della Presidenza del Consiglio dei Ministri –Dipartimento della Funzione Pubblica.
- Linee di indirizzo del Comitato interministeriale (D.P.C.M. 16.01.2013) per la predisposizione, da parte del Dipartimento della Funzione Pubblica, del Piano nazionale anticorruzione di cui alla L. 06.11.2012 n. 190.
- D.P.C.M. 18.04.2013 attinente le modalità per l'istituzione e l'aggiornamento degli elenchi dei fornitori, prestatori di servizi ed esecutori non soggetti a tentativo di infiltrazione mafiosa, di cui all'art. 1, comma 52, della L. 06.11.2012 n. 190.
- Delibera CIVIT n. 72/2013 con cui è stato approvato il Piano nazionale anticorruzione predisposto dal Dipartimento della Funzione Pubblica.
- Delibera CIVIT n. 15/2013 in tema di organo competente a nominare il Responsabile della prevenzione della corruzione nei comuni.
- Delibera CIVIT n. 2/2012 “Linee guida per il miglioramento della predisposizione e dell’aggiornamento del Programma triennale per la trasparenza e l’integrità”.
- Delibera CIVIT n. 105/2010 “Linee guida per la predisposizione del Programma triennale per la trasparenza e l’integrità (art. 13, comma 6, lettera e del decreto legislativo 27 ottobre 2009, n. 150)”.
- Aggiornamento 2015 al Piano Nazionale Anticorruzione, Determinazione ANAC n. 12 del 28 ottobre 2015
- Aggiornamento 2016 al Piano Nazionale Anticorruzione, Determinazione ANAC n. 12 Nr. 831/2016
- ANAC – Delibera n. 1074 del 21 novembre 2018 - Approvazione definitiva dell'Aggiornamento 2018 al Piano Nazionale Anticorruzione
- ANAC - Delibera n. 1064 del 13 novembre 2019 - Approvazione in via definitiva del Piano Nazionale Anticorruzione 2019
- ANAC - Delibera n. 177 del 19 febbraio 2020 - Linee guida in materia di Codici di comportamento delle amministrazioni pubbliche

Allegato 1 - CODICE DI COMPORTAMENTO AZIENDALE

Allegato 2 - ALBERO DELLA TRASPARENZA

Allegato 3 - TABELLONE PROCESSI-RISCHI

Allegato 4 – Protocollo COVID